Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg

INAUGURALDISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der
Universität Basel

von

Ibrahim Yücer
von Mudanya/Türkei

~~1969~~

1966

Verlag: Kleinoffsetdruckerei - Bamberg

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546022_0035

Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg

INAUGURALDISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der
Universität Basel

von

Ibrahim Yücer
von Mudanya / Türkei

1969

Verlag: Kleinoffsetdruckerei - Bamberg

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel auf Antrag der Herren: Prof. Dr. G. Bombach und Prof. Dr. H. Guth.

Basel, den 11. März 1966.

Prof. Dr. H. Rupp
Dekan

Diese Arbeit ist meinem verstorbenen
Vater Süleyman Yücer gewidmet

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	Seite	4
I. Hauptteil		
Bevölkerungsprobleme	5 -	35
1. Einführung		5
2. Die Determinante des Bevölkerungswachstums in unterentwickelten Ländern		8
3. Empirische Untersuchungen in der Türkei		11
4. Sozialpolitische Probleme		17
5. Kulturpolitische Probleme		24
1) Volksschule (Seite 24)		
2) Gymnasien (Seite 27)		
3) Hochschulwesen (Seite 31)		
II. Hauptteil		
Die wirtschaftliche Struktur in der Türkei	36 -	59
1. Der Bereich der Landwirtschaft		36
2. Der Bereich der Industrie		47
3. Sektor Analyse		56
III. Hauptteil		
Wachstumsmodelle für die wirtschaftliche Entwicklung	60 -	63
1. Das Harrod-Domar'sche Modell		60
2. Das Fel'dman-Modell		61
3. Kritik		63
IV. Hauptteil		
Investitionspolitik	64 -	73
1. Staatliche Investitionen		64
2. Private Investitionen		67
V. Hauptteil	74 -	86
Reformen		
1. Bodenreform		74
a) Bemühungen um eine Bodenreform		74
b) Notwendigkeit einer Bodenreform und ihre Ziele		76
2. Steuerreform		79
a) Einführung		79
b) Das progressive Steuersystem		80
c) Die Besteuerung in der Industrie		83
d) Die Besteuerung in der Landwirtschaft		84
e) Administrative Massnahmen		85
VI. Hauptteil	87 -	94
Beschäftigungspolitik		
1. Gegenwart		87
2. Zukunftserwartungen		90
3. Kritik		92

VII. Hauptteil Seite 59 - 108
Die Problematik der Zahlungsbilanz
1. Die zeitliche Entwicklung der Zahlungsbilanz von 1945 bis zur Gegenwart 95
2. Massnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz 106

Schlussbemerkung 109

Bibliographie 110

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Arbeit wird versucht, ein Bild der bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Probleme, denen die Türkei gegenübersteht, zu geben; es wird zugleich versucht, aufgrund praktischer und theoretischer Ergebnisse die dynamische Entwicklung darzustellen.

Die Aufgabe dieser Arbeit soll daher darin gesehen werden, aus den zu gewinnenden Erkenntnissen lediglich Empfehlungen zu formulieren, die vom wissenschaftlichen Standpunkt aus als vertretbar erscheinen.

Bevölkerungs- und Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, zu denen die Türkei heute noch gehört, sind in der Bevölkerungswissenschaft und Wirtschaftstheorie nach dem zweiten Weltkrieg intensiv untersucht worden. Man hat die Erkenntnisse auch bereits in Politik umzusetzen versucht, musste jedoch immer von Neuem die Unvollkommenheiten im heutigen Stand des Wissens und oft die Realitätsferne der zu Grunde liegenden Hypothesen erkennen.

Die vorliegende Arbeit führt somit auch zu der Erkenntnis, dass im speziellen Fall der Türkei mit der Anwendung eines allgemein formulierten Modells auf die dortigen Verhältnisse keine wesentlichen Ergebnisse gewonnen werden konnten.

I. Hauptteil

BEVOELKERUNGSPROBLEME

1. Einführung

Die Türkei ist mit 776.600 Quadratkilometern überwiegend ein Agrarland. Etwa 70% der Bevölkerung von insgesamt 30 Millionen sind in der Landwirtschaft beschäftigt.[1] Die Bevölkerung ist in der Regel fest ansässig - Nomadenstämme sind heute sehr selten geworden. Die Landbewohner sind in weit über 40.000 Dörfern angesiedelt und wohnen zumeist in primitiven Bauernhäusern.

Die Aufteilung der Bevölkerung nach dem Geschlecht war im Laufe der Zeit erheblichen Aenderungen unterworfen. Im Jahre 1927, nach den ersten Befreiungskriegen, standen 100 Frauen nur 92,6 Männer gegenüber (siehe Tabellen 1 und 2). Der Frauenüberschuss war eine Folge der beiden Kriege. Schon bald darauf verschoben sich jedoch die Verhältnisse zugunsten der Männer. Auf 100 Frauen kamen im Jahre 1935 117,0 und im Jahre 1955 109,5 Männer. Dieser Männerüberschuss wird von Professor Oemer Celal Sarc folgendermassen interpretiert:[2]

a) Viele Männer geben ihr Alter geringer an, als es den Tatsachen entspricht, um die Einberufung zum Wehrdienst hinauszu schieben. (Das Gegenteil ist ihnen nicht nachzuweisen.)

b) Infolge mangelhafter Erhebung hat man wahrscheinlich mehr Männer als Frauen erfasst.

Nach den grossen Altersgruppen (ohne Trennung nach Männern und Frauen) setzt sich die Bevölkerung (siehe Tabellen 3 und 4) wie folgt zusammen. Die Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren

---

1) Republic of Turkey prime Ministry state institute of statistic, census of population, 23 Oct.1960, publication nr. 452 (selbst ausgerechnet)

2) Meine Kenntnisse hierüber gründen sich auf die Vorlesung, die von Prof. Oemer Celal Sarc in Istanbul gehalten wurde.

Tabelle 1 [3]

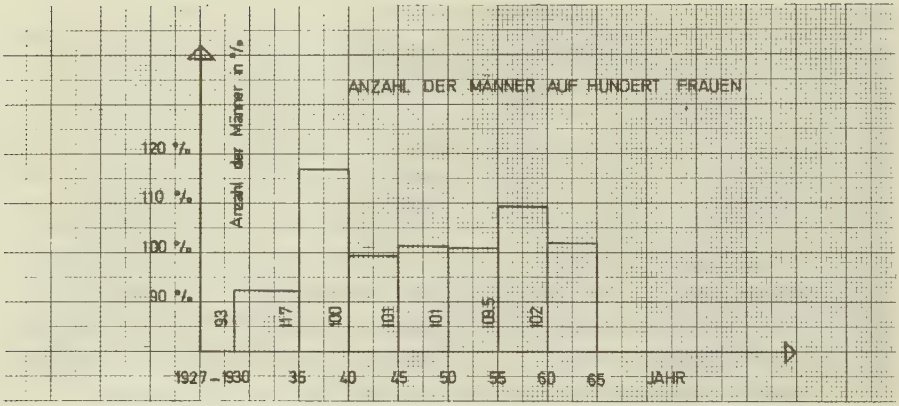
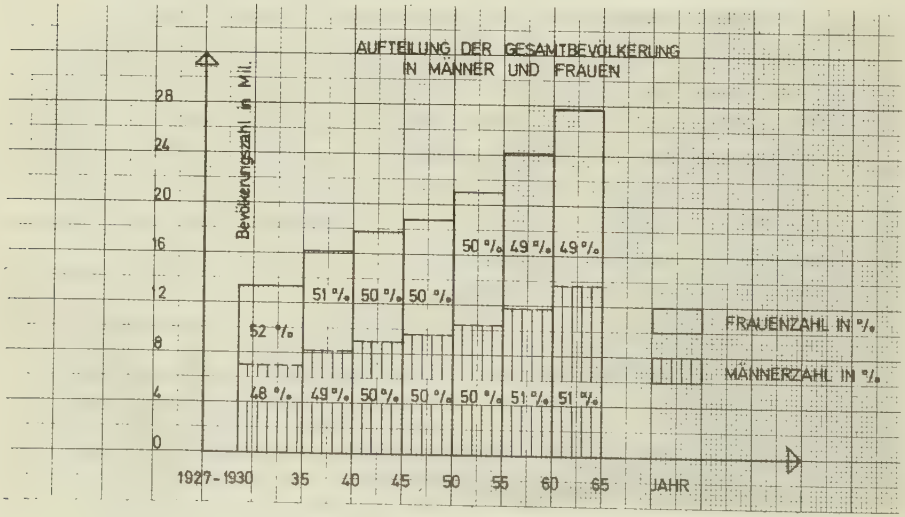


Tabelle 2 [4]



3) vgl. Türkay, Orhan: Die Bevölkerung der Türkei in: Ein Entwicklungsprojekt für die Türkei, Nr. 3, hrsg.: Politische Fakultät der Universität Ankara. Ankara, 1960, S. 28, und Republic of Turkey prime Ministry, state institut of statistics, S. 3

4) vgl. ebd., S. 27

Tabelle 3 [5]

Die Zahl der Männer auf hundert Frauen, nach Altersgruppen unterteilt

Altersgruppe	Jahre				
	1935	1940	1945	1950	1955
0	115,6	120,8	116,2	111,4	113,8
1 - 4	109,0	108,0	106,8	103,2	105,5
5 - 9	107,6	112,0	108,5	108,0	106,1
10 - 14	113,8	120,0	119,6	117,8	119,8
15 - 19	115,0	118,8	112,5	113,6	115,8
20 - 24	117,0	101,1	114,1	101,6	109,5
25 - 29	86,4	97,0	78,5	96,6	94,4
30 - 34	91,2	86,5	104,5	88,5	104,2
35 - 39	95,5	103,9	104,9	114,5	95,5
40 - 44	65,3	88,0	97,0	92,6	105,0
45 - 49	77,0	87,0	106,0	112,1	109,8
50 - 54	59,0	59,5	65,3	82,6	94,5
55 - 59	83,0	80,5	77,7	82,4	102,2
60 - 64	58,8	53,3	57,5	55,0	58,0
65 - 69	95,0	88,7	80,0	72,0	75,8
70 - 74	72,3	63,4	60,1	59,7	56,5
75 - 79	94,6	97,3	77,0	68,7	69,5

Tabelle 4 [6]

Aufteilung der Gesamtbevölkerung in drei grosse Altersgruppen (%)

Altersgruppe	Jahre				
	1935	1940	1945	1950	1955
0 - 14	41,23	42,10	39,49	38,27	39,89
15 - 64	54,45	54,27	57,05	58,27	56,61
65 u. darüber	3,88	3,53	3,33	3,33	3,33
Alter nicht bekannt	0,44	0,10	0,13	0,13	0,16
Zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00	99,99

5) vgl. Türkay, Orhan, a.a.O., S. 30
6) vgl. ebd., S. 36

machten im Jahre 1935 41% der gesamten Bevölkerung aus gegenüber 40% im Jahre 1955.

Die Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 64 Jahren betrugen im Jahre 1935 54,45% und im Jahre 1955 56,60% der Gesamtbevölkerung. Hieraus ist zu erkennen, dass die Bevölkerung in der Türkei jung ist. Die Personen, die 65 und mehr Jahre alt sind, machen weniger als 4 % der Gesamtbevölkerung aus.

Ein Vergleich mit einigen anderen unterentwickelten Ländern zeigt, dass die Bevölkerung im Unterschied zu diesen in der Türkei besonders jung ist.

Tabelle 5 [7]

Der Anteil der Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung in %

Land	Alter		
	0-14	15-64	65 und darüber
Griechenland x)	32,29	60,70	6,31
Bulgarien xx)	27,65	-	-
Jugoslawien xxx)	30,82	63,51	5,67
Spanien xxxx)	26,33	66,54	7,23

x) 1940 xx) 1945 xxx) 1951 xxxx) 1950

2. Die Determinante des Bevölkerungswachstums in unterentwickelten Ländern.

Das Pro-Kopf-Einkommen, das als grober Massstab für den Lebensstandard einer Bevölkerung dienen kann, ermittelt sich als Quotient aus dem Volkseinkommen und der gesamten Bevölkerungszahl. Somit ergibt sich, dass das Pro-Kopf-Einkommen umso nie-

7) vgl. Türkay, Orhan, a.a.O., S. 37.

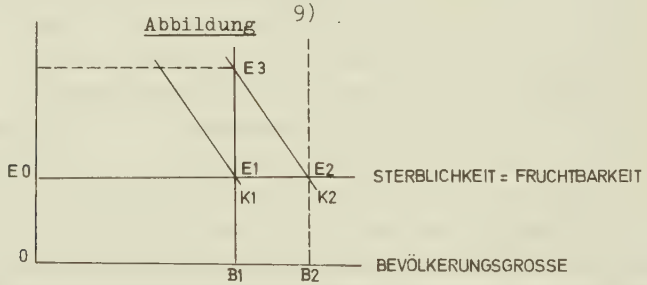
driger sein wird, je höher die Bevölkerungszahl anzusetzen ist. Die Bevölkerungszahl bzw. ihr Wachstum resultiert nun ihrerseits aus dem Verhältnis von Geburten- und Sterberate. Während jedoch Erstere weitgehend konstant sein wird, wird für Letztere eine wesentliche Abhängigkeit vom Lebensstandard und damit vom Pro-Kopf-Einkommen anzunehmen sein. Uebersteigt nun die Zahl der Geburten jene der Sterbefälle in derselben Periode, so führt dies zu einem Anwachsen der Bevölkerung. Dieses ist tendenziell auf eine Senkung des Pro-Kopf-Einkommens und damit auch auf eine Erhöhung der Sterberate gerichtet. Eine solche Entwicklung könnte allerdings nur dann eintreten, wenn währenddessen keine bzw. keine ausreichende Veränderung der Einkommen vor sich gehen würde. Dies liesse sich jedoch lediglich bei einer statischen Betrachtungsweise annehmen, die die Veränderungen auf Seiten der Produktionsgrundlagen und deren Auswirkungen auf die Entwicklung des Volkseinkommens ausser Acht lassen würde. Ein solches Vorgehen erscheint jedoch gerade bei der Beurteilung von Bevolkerungsentwicklungen nicht als angebracht, da diese ja nur unter mittel- bis kurzfristigen Aspekten relevant sein können. Bei langfristiger Betrachtungsweise muss daher beachtet werden, dass die Kapitalakkumulation fortschreitet und dass zusätzliches technisches Wissen (etwa durch Uebernahme aus den Industrieländern) entstehen und durch bessere Ausbildung der Arbeitskräfte zur Anwendung gelangen kann. Diese Veränderungen werden tendenziell auf eine Erhöhung des Volkseinkommens hinzielen, sodass nicht ohne weiteres gesagt werden kann, dass ein Ansteigen der Bevölkerungszahl zugleich ein Absinken der Pro-Kopf-Einkommen und damit eine Minderung des Lebensstandards mit sich bringen muss. In diesem Sinne gibt es daher auch keine - im Hinblick auf den Lebensstandard - optimale Bevölkerungszahl, sondern lediglich ein optimales Bevölkerungswachstum. [8]

---

8) vgl. hiezu G. Bombach, Auswirkungen des Bevölkerungswachstums in einer entwickelten Volkswirtschaft, in: Das Wachstum der Weltbevölkerung, Zürich und Tübingen 1965, S. 55 f.

Erweist sich nun dennoch, dass die Erhöhung des Volkseinkommens in langfristiger Sicht hinter dem Ansteigen der Bevölkerungszahl zurückbleibt, so ergibt sich ein Sinken des Pro-Kopf-Einkommens. Dies wird nun aber die Sterblichkeitsrate erhöhen, sodass von hier aus das weitere Anwachsen der Bevölkerung verhindert wird. Unterstellt man, dass die Entwicklung des Volkseinkommens mit dem Ansteigen der Bevölkerungszahl im allgemeinen nicht Schritt halten kann, so stellt sich auf diese Weise ein "natürliches" Hemmnis für das weitere Absinken des Pro-Kopf-Einkommens unter das Existenzminimum selbst her: Jedes Abweichen von dem einmal verwirklichten Gleichgewichts-Pro-Kopf-Einkommen (unter dem Aspekt des Bevölkerungswachstums) setzt eine Entwicklung in Gang, die zum Gleichgewichtswert nahe beim Existenzminimum zurückführt.

Abbildung 9)



Eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse, die auf eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes zurückzuführen ist, bringt eine Verminderung der Sterblichkeit mit sich. Ein Anwachsen der Bevölkerung führt zu einem erneuten Ausgleich von Geburten- und Sterbezahl bei dem bereits früher verwirklichten Gleichgewichtseinkommen. Allerdings kann hier eine grössere Bevölkerungszahl aufgrund der verbesserten Produktionsbedingungen sich mit diesem Gleichgewichtseinkommen am Leben erhalten (B_2).

---

9) Miller, Andreas: Das Bevölkerungsproblem in den unterentwickelten Ländern. Sonderdruck aus "Schweiz.Zeitschr.f. Volkswirtsch. und Statistik", 96.Jahrg., H. 2, Zürich 1960, S.187.

3. Empirische Untersuchungen in der Türkei

a) Die Sterblichkeitsrate.

Die Sterblichkeitsrate der Gesamtbevölkerung kann nur schätzungsweise angegeben werden, weil in vielen Orten des Landes keine ordnungsgemässen Sterberegister existieren. Zur Orientierung sollen hier ein paar stichprobenartige Erhebungen dienen, aus denen die Sterberate des gesamten Landes ermittelt wurde (Tabellen 6 und 7).

T a b e l l e 6 [10]

Die Sterbeziffern in vier grossen Städten

Stadt	Jahr	Zahl der Gestorbenen	Einwohner	Anteil der Gestorb. in %
Istanbul	1935	11.938	741.148	1,6
	1940	14.489	793.949	1,8
	1945	15.530	860.558	1,8
	1950	14.478	1.000.022	1,5
	1955	15.571	1.297.372	1,2
Ankara	1935	1.428	122.720	1,2
	1940	2.349	157.242	1,5
	1945	3.547	226.712	1,6
	1950	4.119	286.781	1,4
	1955	5.911	451.191	1,3
Izmir	1935	3.455	170.959	2,0
	1940	4.196	183.762	2,3
	1945	3,549	198.396	1,8
	1950	3.487	230.508	1,5
	1955	4.283	296.539	1,4
Adana	1935	1.505	76.473	2,0
	1940	1.662	88.119	1,9
	1945	1.660	100.780	1,7
	1950	1.795	117.799	1,5
	1955	1.794	168.628	1,1

10) vgl. Türkay, Orhan, a.a.O., S.46

Tabelle 7 [11]

Anteil der Gestorbenen in einigen Dörfern

(1934 - 1951)

Jahr	Beobachtungsgebiet Anzahl der Dörfer St.	u. Städte Dörfer	Einwohner (1000)	Gestorbene	Anteil der Gest. (%)
1934	11	3.078	1.094	19.282	1,8
1936	12	3.575	1.323	20.111	2,3
1938	17	4.238	1.526	38.533	2,5
1940	17	4.589	1.790	38.736	2,2
1942	19	4.432	1.780	35.743	2.0
1944	19	4.545	1.911	36.225	1,9
1946	19	7.929	3.275	32.852	1,0
1948	19	6.857	3.201	36.651	1,1
1950	19	6.911	3.277	34.192	1,0
1951	19	7.183	3.496	39.717	1,1

Die Entwicklung der aus diesen beiden Tabellen errechneten Sterblichkeitsrate wird in Prozenten in der folgenden Tabelle ausgedrückt.

Tabelle 8 [12]

Geschätzte Sterblichkeitsrate in den Jahren 1935-1955 (%)

1935	1,8
1940	2,0
1945	1,9
1950	1,6
1955	1,4

11) vgl. Türkay, Orhan, a.a.O. S. 47

12) vgl. ebd., S. 49

Um diese Zahlen besser würdigen zu können, seien zum Vergleich die Verhältnisse in anderen unterentwickelten Ländern gegenübergestellt:

Tabelle 9 [13]

Land	Jahr (%)	
	1950	1955
Bulgarien	10,2	9,0
Griechenland	7,1	6,9
Jugoslawien	13,0	11,4
Spanien	10,9	9,4

Der Rückgang der Sterblichkeitsrate seit 1945 ist wohl auf die Bekämpfung der Malaria zurückzuführen, sowie auch auf die Verbesserung der Ernährung. Ausserdem ist zu vermuten, dass, wenn die im Gang befindliche Bewegung, die Aerzte nach sozialen Gesichtspunkten über das gesamte Land zu verteilen, Erfolg haben wird, die Sterblichkeitsrate sehr stark zurückgehen wird. Eine Besserung der hygienischen Verhältnisse im ganzen Land würde ebenfalls erheblich zur Verminderung der Sterblichkeitsrate beitragen.

b) Die Geburtsrate.

Wie bei der Sterblichkeitsrate, so liegen auch über die Geburtsrate keine vollständigen statistischen Zahlen vor. Wir müssen daher mit bestimmten Formeln und Annahmen die Geburtsrate aus den vorliegenden Daten ermitteln: wir setzen zu diesem Zweck die Zahl der Kinder der Altersgruppe 0 - 4 Jahre zu der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 - 44 Jahre) in Beziehung und multiplizieren mit 1000

$$\left(\frac{\text{Zahl der Kinder im Alter von 0-4 Jahren}}{\text{Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter}} \times 1000\right).$$

13) vgl. Türkay, Orhan, a.a.O., S. 50

Tabelle 10 [14]

Das Verhältnis Kinder - Frauen in den Jahren 1935 - 1955

1935	785
1940	707
1945	606
1950	667
1955	776

Die so ermittelten Zahlen zeigen die Geburten auf 1000 Frauen in der genannten Periode an.

Aus diesen Zahlen lässt sich nun unter Zuhilfenahme der Kenntnisse über die Zusammensetzung der Bevölkerung (siehe oben) die Geburtsrate annähernd berechnen:

Tabelle 11 [15]

Geburtsrate in den Jahren 1935 - 1955 in %

1935	34,6
1940	35,7
1945	28,7
1950	36,6
1955	40,8

c) Das Bevölkerungswachstum.

Unmittelbar nach der Gründung der Republik im Jahre 1927 betrug die Bevölkerung nur 13.684.000. Nach den statistischen Erhebungen im Jahre 1960 bezifferte man sie auf 27.830.000. Also fand in ungefähr dreissig Jahren fast eine Verdoppelung statt! Um diese ungeheure Wachstumsrate absorbieren zu können, ist es notwendig, dass das Nationalprodukt entsprechend schneller wächst wie die Bevölkerung. Eine wirtschaftliche Entwick-

14) vgl. Türkay, Orhan, a.a.O., S. 52
15) vgl. ebd., S. 55

lung ist nämlich nur dann vorstellbar, wenn das Nationalprodukt pro Kopf wächst.

Die langsame Entwicklung in der Türkei ist darauf zurückzuführen, dass das Nationalprodukt pro Kopf langsamer als erforderlich gewachsen ist.

Das Bevölkerungswachstum beträgt gegenwärtig etwa 30‰ p.a. Im Vergleich zu anderen unterentwickelten Ländern steht die Türkei an erster Stelle (siehe Tabellen 12 und 13). Die hohe Wachstumsrate der Bevölkerung absorbiert 3% des wirtschaftlichen Wachstums, welches bisher nur 5,6% betrug. Der Rest von 2%, der der Förderung des Wohlstandes und der Entwicklung dienen sollte, ist niedriger als in anderen Ländern.

Die Wachstumsrate der Bevölkerung ist mit Ausnahme des zweiten Weltkrieges immer sehr hoch gewesen. Sie zeigt eine kontinuierliche Aufwärtstendenz; z.B. betrug sie zwischen 1940 und 1945 10,6‰ und stieg in den Jahren 1945 - 1950, unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, auf mehr als das Doppelte, nämlich 22,0‰ an.Die Ursachen der raschen Expansion liegen sehr wahrscheinlich darin, dass während des Krieges rund 3,0 Millionen Männer Wehrdienst leisten mussten und dadurch von ihren Familien getrennt waren. Lebensmittelmangel oder sonstige materielle Not scheint hier eine weniger wichtige Rolle gespielt zu haben. Nach diesem Boom in den Jahren von 1945 bis 1950 entwickelte sich die Wachstumsrate weiter, aber nur mit verlangsamtem Tempo. Sie stieg zwischen 1950 und 1955 auf 28,1‰ und in den darauf folgenden fünf Jahren auf nur 29,1‰.

Tabelle 12 [16]

Natural Increase for Different Periods for underdeveloped Countries

Countries underdeveloped	Average natural increase per 1.000 per year 1940-1949	1950-1954
Ceylon	19.9	27.8
Cyprus	19.6	20.2
Egypt	16.1	26.0
Jamaica	17.4	22.1
Malaya	22.6	29.6
Mexico	24.6	28.7
Panama	24.9	26.2
Puerto Rico	20.6	27.0
Tailand	22.7	26.6
Average	20,9	26,0

Tabelle 11 [17]

Netto Nationalprodukt pro Kopf in manchen unterentwickelten Ländern (1952-1954) im Durchschnitt in US $

Türkei	210
Libanon	260
Argentinien	460
Porto-Rico	430
Chile	360
Israel	470
Griechenland	220
Mexico	310
Durchschnitt	430

16) vgl. Higgins, B.: Economic Development Problems, Principles and Policies, New York 1959, S. 695.

17) vgl. ebd., S. 10.

4. Sozialpolitische Probleme

a) Allgemeines.

Der türkische Fünfjahresplan sieht vor, in allen Bereichen die soziale Ungerechtigkeit zu vermindern und den Lebensstandard des Volkes zu heben. Hauptziele sind eine soziale Sicherheit und eine gerechte Einkommensverteilung im weitesten Sinne.

Der erste Fünfjahresplan soll den Weg zu diesen Zielen ebnen, damit auf längere Sicht, d.h. in etwa 15 Jahren, die gemeinten Ergebnisse verzeichnet werden können. Es versteht sich von selbst, dass die Massnahmen in the short run mit der Einkommensverteilung und der sozialen Gerechtigkeit in Konflikt geraten werden: eine kurzfristige Wachstumspolitik, die nur auf soziale Gerechtigkeit und bessere Einkommensverteilung gerichtet ist, würde das wirtschaftliche Wachstum verlangsamen. In the long run sieht man eine der wichtigsten Aufgaben des Planes darin, die Durchführung von Massnahmen für eine höhere Wachstumsrate zu beschleunigen, zugleich aber entstehende oder bereits vorhandene Disproportionalitäten in der Einkommensverteilung und der sozialen Gerechtigkeit zu minimieren.

Die höheren öffentlichen Ausgaben für die Schulung, für das Gesundheitswesen und für die soziale Sicherheit würden dazu beitragen, die Disproportionalitäten in allen Bereichen zu reduzieren. Je mehr die Massnahmen mit der sozialen und ökonomischen Entwicklung Schritt halten, umso leichter wird das wirtschaftliche Wachstum zu harmonisieren sein.

Die Realisierung dieser Ziele würde zwei wichtige Ausgleichsbewegungen ermöglichen, einmal zwischen den individuellen Einkommen und zum anderen zwischen den einzelnen Regionen des Landes. Wie diese soziale Gerechtigkeit allerdings verwirk-

licht werden soll, erscheint noch sehr fraglich. Eine solche soziale Sicherheit kann erst gewährleistet werden, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft, welche erwerbsfähig sind, in den Produktionsprozess eingegliedert worden sind. Die gegenwärtige Zahl der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung beträgt (1964) 1.017 Millionen. Diese Zahl setzt sich aus Arbeitern und Angestellten zusammen. Von rund 13.7 Millionen Erwerbsfähigen im Jahre 1964 sind nur 20% in den Produktionsprozess eingegliedert. Von der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung geniessen gegenwärtig nur 761.000 die sogenannte Arbeiterversicherung [18]. Da in dieser Versicherung nur die arbeitende Bevölkerung aufgenommen werden kann, bleibt zurzeit keine Möglichkeit für die nicht arbeitenden Bevölkerungsteile, sich der andauernden Gefährdung ihrer Existenz zu entziehen.

Diese soziale Krankheit ist nur mit einer Beschäftigungspolitik zu beseitigen, die darauf abzielt, allen Erwerbsfähigen einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Solange eine sehr hohe Arbeitslosenquote vorhanden ist, würde eine auf soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gerichtete Politik zum Scheitern verurteilt sein. Eine Ungerechtigkeit liegt an und für sich schon in der angewandten Sozialpolitik selbst. Die Arbeiterversicherung, oder genauer die Rentenversicherung, unterscheidet die Rentner, je nachdem ob sie in einem staatlichen Unternehmen oder in einem privaten Unternehmen pensioniert worden sind. Die Ersteren beziehen beim Ablauf ihrer Dienstzeit vom Staat ca. 70% des letzten Gehaltes. Die Arbeiter, die in einem privaten Unternehmen genau so viele Jahre beschäftigt waren, beziehen nur ein Drittel ihres letzten Monatslohnes. Ob man diese unterschiedliche Beurteilung und Behandlung der Rentner als eine gerechte Sozialpolitik ansehen kann, erscheint mehr als fraglich. Das erste Ziel einer Sozialpolitik besteht oder muss darin be-

---

18) vgl. ohne Verf.: Economic indicators of Turkey 1960-1964, S. 7, hrsg.: Türkische Arbeitsbank, Head Office, Economic Research Department, 1965, Ankara.

stehen, alle in den Arbeitsprozess eingegliederten Arbeiter mehr oder weniger gleichzustellen.

Die Entwicklung der Arbeiterversicherung weist aber durch das erhebliche Anwachsen der Versichertenzahl auch gewaltige Fortschritte auf. Man darf sich jedoch nicht darüber täuschen, dass sie (die Versicherten) zu den Erwerbsfähigen in keinerlei Verhältnis stehen. Es waren

1951	10.631 neu versicherte Arbeiter,
1955	19.466,
1961	36.568
und 1962/63	905.500. (In diesen Zahlen sind die Eisenbahnarbeiter und die Offiziere (insgesamt 36.000) enthalten.)[19]

Setzen wir diese Zahlen in Beziehung zu der arbeitenden Masse, so sind gegenwärtig nur 29% der Arbeitenden versichert. Das Verhältnis zu den gesamten Erwerbsfähigen ist dagegen nur 6,6%. Diese Zahlen stehen offensichtlich in keinerlei Vergleichsmöglichkeit mit den entwickelten Industrienationen Europas.

b) Die Situation im Wohnungsbau.

Wie an einer anderen Stelle in dieser Arbeit erwähnt werden wird, sind sehr viele der ursprünglich in der Landwirtschaft Arbeitenden in Städte wie Istanbul, Izmir und Ankara eingeströmt. Diese Arbeitskräfte konnten, weil die Lebenshaltung in den grossen Städten wesentlich teurer ist als auf den Dörfern, keine angemessenen Wohnungen finden. Die Wohnungsknappheit ist infolge der Zuwanderungen und der Bevölkerungsvermehrung nicht weniger gravierend als beispielsweise in

---

19) vgl. ohne Verf.: First Five Year Development Plan 1963-1967, hrsg.: Turkish Republic, Prime Ministry, State Planning Organization, Ankara, 1963, S. 108.
(im folgenden zitiert als "Development Plan")

Westdeutschland. Um eine einigermassen billige Wohnung zu bekommen, haben diese Zugewanderten in den Vororten der grossen Städte die sogenannten "squatter houses" (Slums) errichtet. In diesen Häusern fehlen alle erforderlichen Einrichtungen der Zivilisation. Weder Strom noch Wasser noch Kanalisation sind hier zu finden. Diese Elendsviertel bereiten der Regierung sehr grosse Sorgen. Es wurden oft Versuche unternommen, diese Elendsquartiere zu beseitigen. Aber jedesmal stiessen die Behörden auf starke Widerstände. Ohne neue und bessere Häuser zu errichten, was zurzeit infolge finanzieller Schwierigkeiten der Regierung nicht möglich ist, können diese Proletariatsviertel nicht beseitigt werden. Es gibt heute etwa 240.000 squatter houses, d.h. 20% von insgesamt 1.175.000 städtischen Wohnungen und 7,6% von den insgesamt 3.175.000 Wohnungen des Landes.

In Ankara leben 45%, in Istanbul 21% und in Izmir 18% der Bevölkerung in den squatter houses.[20] In einem internationalen Vergleich lässt sich erkennen, dass auf ein Zimmer 2,52 Personen entfallen, was weit über dem Durchschnitt der unten genannten Länder liegt:

Deutschland	1,03 Personen pro Zimmer
Frankreich	1,01
England	0,78
Italien	1,27
Jugoslawien	2,33
Griechenland	1,79

Die Zahl der Neubauten, die erforderlich sind, um den Bedarf, der durch die Bevölkerungsexpansion, durch das Zerfallen und die Enteignung von Häusern, sowie durch die Beseitigung der squatter houses entsteht, zu decken, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

---

20) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 404

Tabelle 14 [21]

Geschätzter städtischer Wohnungsbedarf

Jahr	(1)x)	(2)x)	(3)x)	(4)x)	(5)x)
1962	91.367	10.726	4.700	12.000	118.793
1963	95.936	16.089	4.700	12.000	128.725
1967	116.611	37.541	4.700	12.000	170.852
1975	172.286	37.541	4.700	12.000	226.527

x) (1) Nachfrage aufgrund von Bevölkerungszuwachs
(2) Nachfrage aufgrund von Erneuerungen unbrauchbar gewordener Wohnungen
(3) Nachfrage aufgrund von Zerfall und Enteignung
(4) Nachfrage aufgrund von Beseitigung der squatter houses
(5) Gesamtnachfrage

Die Wohnungsnachfrage in den Dörfern infolge der Bevölkerungsexpansion, Renovierungen unbrauchbar gewordener Häuser und infolge der Beseitigung der übermässigen Besiedlung bestimmter Räume wurde folgendermassen vorausgeschätzt:

Tabelle 15 [22]

Geschätzter ländlicher Wohnungsbedarf

Jahr	(1)x)	(2)x)	(3)x)	(4)x)	(5)x)
1962	71.600	20.650	2.000	10.734	104.984
1963	73.100	20.650	2.000	10.734	106.484
1967	79.800	20.650	2.000	10.734	113.184
1975	95.800	20.650	2.000	10.734	129.184

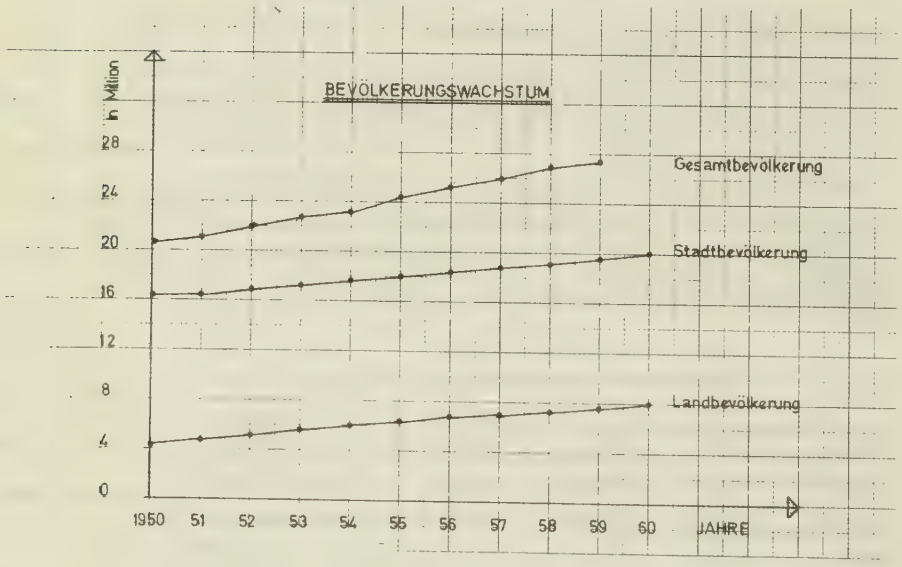
x) (1), (2), (3) siehe Tabelle 14
(4) infolge der Verhinderung einer Uebervölkerung
(5) Gesamtnachfrage

21) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 405

22) vgl. ebd., S. 405

Diese Zahlen müssen mit Skepsis betrachtet werden: Tabelle 16 zeigt nämlich, dass die Bevölkerung im Jahre 1960 überwiegend in Dörfern bzw. auf dem Land angesiedelt war. Prozentual sind dies 71,3%, während dagegen nur 28,7% in den Städten wohnen. Es versteht sich von selbst, dass die Nachfrage nach Wohnungen in den Dörfern gross sein wird. Selbst eine sehr optimistische Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs würde wesentlich höher liegen, als in der Tabelle 15 angegeben wird.

T a b e l l e 16 [23]



Eine gesunde Wohnungsbaupolitik würde sich in Investitionen widerspiegeln müssen. Wenn wir dies als Kriterium anneh-

23) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 12

men, so müssen wir die Investitionen überprüfen und daraus unsere Schlussfolgerungen ziehen. Im Jahre 1960 sind 56.227 Wohnhäuser in den Städten gebaut worden. Davon sind 32.595 als Ein- oder Mehrfamilienhäuser und 23.632 als Appartements eingestuft worden. Umgerechnet sind zwei Häuser für 1.000 Personen gebaut worden. In den Dörfern dagegen wird geschätzt, dass im Jahre 1960 ca. 60.000 Häuser fertiggestellt wurden. Beim Vergleich der Tabellen 15 und 16 sehen wir, dass sich deutlich ein Nachfrageüberhang abzeichnet. Da die Wohnhäuser allein durch private Investitionen gebaut werden, hängt die Entwicklung ganz davon ab, ob die privaten Investoren auch in Zukunft bereit sein werden, zur Beseitigung des Nachfrageüberhanges beizutragen. Im Jahre 1962 fielen von den insgesamt 3,5 Mrd. Türk. Pfund der privaten Investitionen rund 2,0 Mrd. Türk. Pfund auf den Wohnungsbau und zwar zu einem grossen Teil auf den Bau von Luxushäusern. [24)]

Man erkennt daraus, dass, da bei einem Investitionsprozess die Priorität der industriellen Investition gegeben ist, das Wohnungsproblem in absehbarer Zeit nicht gelöst werden kann.

c) Das Gesundheitswesen.

Wie jede Regierung, so ist auch die türkische bestrebt, die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Deswegen wird dem Volksgesundheitsdienst grosse Wichtigkeit eingeräumt. Diese Organisation umfasst neben der Familienplanung den Ausbau der medizinischen Ausbildung, Kontrolle ansteckender Krankheiten, Verbesserung der Ernährung usw. Die wichtigste Aufgabe des Gesundheitsdienstes besteht darin, sich auch in den kleinsten Dörfern

---

24) vgl. ohne Verf.: Turkey, hrsg.: Organization for Economic Co-operation and Development (OECD), Paris, 1963, S. 22

einzurichten, um damit die Behandlung auch einfacherer Fälle im Krankenhaus - wo sie sehr kostspielig ist - zu vermeiden.

5. Kulturpolitische Probleme

In einem unterentwickelten Staat sind nicht nur die Wirtschaft rückständig, sondern auch die anderen Institutionen wie der Verwaltungsapparat, das Sozialwesen usw. Wie in allen Gebieten der Wirtschaft ist auch das Kulturwesen in der Türkei, verglichen mit anderen Industrieländern, unterentwickelt. Um eine weitgehende Analyse zu machen, gliedern wir bei den kulturpolitischen Problemen wie folgt:

(1) Volksschulausbildung
(2) Gymnasien
    (a) mit akademischer Richtung
    (b) mit technischer Richtung
(3) Hochschulwesen

ad (1) Die Volksschule basiert in der Türkei auf einer fünfjährigen Schulausbildung und bringt den Schülern die Grundbegriffe bei.

Mit der Gründung der türkischen Republik wurde auch das Schulsystem neu aufgebaut. Die arabische Schrift wurde durch die lateinische ersetzt. Es wurde für alle Kinder ab sieben Jahren (neuerdings schon ab sechs Jahren) die Schulpflicht eingeführt. Durch die schnelle Wachstumsrate der Bevölkerung und durch die mangelnde Schulpolitik ist man nicht imstande gewesen, alle schulpflichtigen Kinder einzuschulen, obwohl seitdem über vierzig Jahre vergangen sind. Das Problem, alle Kinder einzuschulen und damit das Analphabetentum zu beseitigen, konnte bisher noch nicht gelöst werden. Gegenwärtig können 61% der Bevöl-

kerung weder lesen noch schreiben. Ein Vergleich mit anderen Ländern (siehe Tabelle 17) zeigt, dass die Türkei in Bezug auf das Analphabetentum weitaus an der Spitze steht.

Tabelle 17 [25]

Das Analphabetentum (1957)

Land	Zahl der Analphabeten in % der Gesamtbevölkerung
Türkei	61
USA	2
Westdeutschland	1
Frankreich	3
Italien	13
Griechenland	26

Die geographische Aufteilung der Dörfer lässt keine Möglichkeit, in jedem Dorf eine Schule zu errichten. Ueber 40.000 Dörfer sind meist nur dünn besiedelt und durch die mangelnden Transportmöglichkeiten voneinander isoliert. In den zwischen 200 und 300 Einwohner zählenden Dörfern können wegen der optimalen Nutzung der Lehrkräfte und der dazugehörenden Investitionen keine Schulen gebaut werden. Eine Konzentration der Dörfer - wie schon oft von den zuständigen Seiten vorgeschlagen - scheint durch die grossen Landesflächen und die grossen Entfernungen nicht möglich zu sein.

25) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 27.

Zur Ermittlung des Bedarfs an Grundschulen sei folgende Berechnung durchgeführt:

wenn
- N = Gesamtbevölkerung
- y = Schuldauer
- m = Zahl der Schüler in einer Klasse
- S = Zahl der Schüler an einer Schule
- d = Zahl der in einem Jahr an einer Schule anwesend gewesenen Schüler
- t = Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder an der Gesamtbevölkerung,

dann ist:

$$S = m\,y.$$

$N \frac{t}{100}$ gibt die Zahl der Schüler im schulpflichtigen Alter wieder. $N \frac{t}{100} \frac{d}{100}$ ist die Zahl der Schüler, die in einem Schuljahr anwesend waren. Da die Zahl der anwesenden Schüler gleich der Gesamtzahl der Schüler einer Schule ist, ergibt sich folgender Zusammenhang:

$$N \frac{t}{100} \frac{d}{100} = S$$

Da aber $S = m\,y$ ist, so ist:

$$N \frac{t}{100} \frac{d}{100} = m\,y$$

oder

$$N = \frac{100}{t} \frac{100}{d} m\,y.$$

Nach diesem Zusammenhang können wir die optimale Grösse eines Gebietes, in dem eine Schule errichtet werden soll, errechnen.

Wenn wir annehmen, dass

$y = 5$

$m = 40$

$t = 13$

und $d = 100$ ist, so ergibt sich für N:

$$N_i = \frac{100}{13} \cdot \frac{100}{100} \cdot 40 \cdot 5$$

$$N_i = 1.538$$ 26)

Für 1.538 Einwohner müsste also eine Schule errichtet werden.

---

26) Fussnote s. folgende Seite

Wollte man das Analphabetentum in der Türkei völlig beseitigen, so müssten andere Weg eingeschlagen werden:

a) Es wäre zum Beispiel möglich, da in jedem Dorf eine Moschee besteht, die Priester als Lehrkräfte auszubilden und nebenher als solche zu beschäftigen. Damit wäre dann auch der Schulmangel und der Mangel an Lehrkräften behoben.

b) Zum andern wäre zu überlegen, ob nicht auch die neuesten Formen der Unterrichtung, zum Beispiel die sogenannten "Lehrmaschinen" zur Anwendung gelangen könnten. Ihr Einsatz wäre wohl vor allem dort zu erwägen, wo es um die Vermittlung von relativ einfachem Grundwissen geht. Während der sehr erhebliche Vorteil dieser Anlagen in ihrer kurzfristigen Beschaffbarkeit liegt (die lange Zeit beanspruchende Ausbildung der Lehrkräfte könnte vermieden werden), dürfte jedoch der notwendige Kapital- und Devisen-Einsatz die Möglichkeiten in dieser Hinsicht ausserordentlich einschränken.

ad (2) Im Vergleich zu den Volksschulen zeigt sich bei den höheren Schulen eine wesentlich bessere Situation. Wie in Tabelle 18 dargestellt, steht die Türkei - verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern - in bezug auf den Besuch höherer Schulen nicht wesentlich schlechter als diese.

---

26) Die Formel zur Berechnung der optimalen Grösse wurde von Herbert S. Parnes aufgestellt. Vgl. hierzu: Parnes, H.S.: Besoins Scolaires et Développement Economique, in: OCDE (Organisation de coopération et de développement économique) o.O., 1962, S. 7

Für das Zahlenbeispiel:
vgl. Kodamanoglu, M.Nuri: Das Schulwesen in der Türkei (1923-1960), in: Ein Entwicklungsprojekt für die Türkei, Nr. 14, hrsg.: Politische Fakultät der Universität Ankara, Ankara, 1963, S. 18.

Tabelle 18 [27]

Zahl der Besucher einer höheren Schule in Prozenten der Gesamtbevölkerung

Land	Prozentsatz
Türkei (1960) x)	7
Portugal	5,8
Spanien	6,5
Griechenland	9,3
Italien	9,8
England	16,8
Deutschland xx)	18,2
Frankreich	25

x) Der Besuch einer höheren Schule ist nur im Alter von 15 - 17 Jahren angegeben.

xx) einschliesslich des Saarlandes und Westberlins.

Die bessere Situation an den höheren Schulen in der Türkei ist darauf zurückzuführen, dass diese - wie auch in den anderen Ländern - nur in den grösseren Städten bestehen. Dadurch haben die dort lebenden Jugendlichen mehr Möglichkeiten, eine höhere Schule zu besuchen.

Setzt man $y = 3$, $m = 35$, $t = 7$ und $d = 90$, so erhält man für N:

$$N_o = \frac{100}{7} \cdot \frac{100}{90} \cdot 3.35$$

$$N_o \quad 1.666$$

Nach dieser Formel müsste also für 1.666 Einwohner einer Stadt eine höhere Schule errichtet werden.

27) vgl. Kodamanoglu, M.Nuri, a.a.O., S. 69

Bisher hat die Zahl der Schüler, die die akademische Richtung auf dem Gymnasium einschlugen, überwogen (siehe Tabelle 19). Da aber die Türkei eine grössere Industrialisierung anstreben muss, muss also dafür gesorgt werden, dass die Zahl der Schüler, die die technische Richtung des Gymnasiums wählt, wesentlich zunimmt.

Tabelle 19 [28]

Aufteilung der Schüler auf höhere Schulen und auf Berufsschulen

		Gesamtzahl der Schüler	Höhere Schulen	Berufsschulen
Deutschland x)	Z.	8.635.961	1.222.351	2.208.514
	%	100	14,2	25,5
England xx)	Z.	7.521.216	-	-
	%	100	-	-
Frankreich x)	Z.	6.756.161	1.334.918	324.139
	%	100	19,8	4,8
Schweiz xxx)	Z.	1.228.141	206.344	153.326
	%	100	16,8	12,5
Japan x)	Z.	21.774.195	6.724.080	991.477
	%	100	30,9	4,5
Portugal xxx)	Z.	1.061.433	90.236	81.139
	%	100	8,5	7,6
Spanien x)	Z.	4.408.006	421.346	187.569
	%	100	9,6	4,3
Israel	Z.	423.291	27.547	13.888
	%	100	6,5	3,3
Türkei xxx)	Z.	2.982.279	315.500	98.703
	%	100	10,6	3,3

x) 1958-1959 xx) 1957-1958 xxx) 1959-1960

28) vgl. Kodamanoglu, M.Nuri, a.a.O., S. 70

Die Gymnasien in der Türkei teilen sich auf in:

(a) Gymnasium mit akademischer Richtung
(b) Gymnasium mit technischer Richtung
  (ba) Frauenfachschule
  (bb) Landwirtschaftsschule
  (bc) Schulen mit medizinischer Richtung
  (bd) Handelsschulen.

Die Gymnasien sind zweistufig. Die erste Stufe geht über drei Jahre. Nach einem erfolgreichen Abschluss der ersten Stufe ist der Schüler berechtigt, die zweite Stufe zu besuchen, die ebenfalls einen Zeitraum von drei Jahren umfasst. Die zweite Stufe schliesst mit dem Abitur ab, das die Voraussetzung für den Besuch der Hochschule bildet.

Die Zahl der Absolventen der ersten Stufe und die Zahl der Besucher der zweiten Stufe geben die folgenden Tabellen wieder.

T a b e l l e 20 [29]

Absolventen der ersten Stufe

Jahr	Absolventen		
	männlich	weiblich	insgesamt
1933-1934	5.127	2.489	7.616
1938-1938	10.232	5.046	15.278
1943-1944	11.600	4.400	16.000
1948-1949	14.600	4.800	19.400
1953-1954	19.136	5.360	24.496
1958-1959	38.168	12.171	50.339

29) vgl. Kodamanoglu, M.Nuri, a.a.O., S. 67

Tabelle 21 [30])

Zahl der Besucher der zweiten Stufe und die Zahl ihrer Absolventen

Jahr	Besucherzahl			Zahl der Absolventen der 2. Stufe (%)		
	männl.	weibl.	zusam.	m.	w.	zus.
1934-1935	4.397	974	5.371	85	39	71
1939-1940	7.495	3.705	11.200	73	73	73
1944-1945	10.888	3.628	14.516	93	82	90
1949-1950	11.636	3.514	15.150	98	73	78
1954-1955	15.750	5.134	20.884	82	98	85
1959-1960	33.454	11.915	45.369	88	98	90

Wie aus diesen Tabellen zu ersehen ist, hat die Zahl der Absolventen der ersten Stufe und die Zahl der Besucher der zweiten Stufe ständig zugenommen. Während jedoch früher mehr männliche Schüler das Abitur erwarben, hat sich das Verhältnis heute zugunsten der weiblichen Schüler verschoben.

ad (3) Das Hochschulwesen.

Das Hochschulstudium unterteilt sich in der Türkei in zwei Kategorien:

1. die Universitäten
2. die Hochschulen.

Die Universitäten nehmen nur Absolventen der höheren Schulen mit Abitur auf und das Studium dauert mindestens vier Jahre.

Die Hochschulen dagegen nehmen auch Absolventen mit Abitur oder aber auch solche, die schon eine Berufsschule besucht und einen Abschluss gemacht haben (wie z.B. in Deutschland: die Absolventen der Oberwirtschaftsschule können bei einer Wirtschaftshochschule ihr Studium fortsetzen). Die Studiendauer beträgt bei solchen Hochschulen zwischen 2 und 4 Jahre, mit abschliessendem

30) vgl. Kodamanoglu, M.Nuri, a.a.O., S.67

Staatsexamen. Den Universitäten gegenüber sind die Hochschulen mehr praktizierende Institutionen; sie bilden die sogenannten Fachkräfte aus. In den Universitäten dagegen wird auf die theoretische Ausbildung der Studenten mehr Wert gelegt.

Die strukturelle Wandlung in der Türkei fordert verständlicherweise mehr Fachkräfte. Die seit ehedem als Militärstaat geltende Türkei sieht sich gezwungen, sich der Entwicklung des 20. Jahrhunderts anzupassen. Die Militärakademien, die ja als Einzige Hochschulbildung neben der Universität Istanbul ermöglichten, beeinflussten die Berufsstruktur in jene Richtung, die die Türkei als Ziel hatte (militärische Führungsmacht der Welt zu sein). Heute dagegen ist die Notwendigkeit der technisch-wissenschaftlichen Führung mehr denn je anerkannt. Man ist bemüht, die Zahl der Universitäten zu erhöhen und das Studium in den Universitäten zu fördern. Die ungenügende Zahl der Universitäten gibt leider keine Möglichkeit, allen Abiturienten ein Studium in einer solchen Institution zu gewährleisten. Der Mangel an Lehrkräften und Hochschulen ist auf diesem Gebiet nicht weniger gravierend als etwa bei den Volksschulen. Abgesehen von diesen Tatsachen sind auch die Lehrkräfte in den Universitäten qualitativ gesehen weitaus unter dem westlichen Niveau, sodass die Absolventen, die ja das Schicksal des Staates bestimmen sollen, leider den Aufgaben unseres Jahrhunderts nicht gewachsen sind. Somit leidet der ganze Verwaltungsapparat darunter, sowie auch das private Unternehmertum. Diese unqualifizierten Kräfte können an die Erfordernisse der Entwicklung des Landes keinen wesentlichen Beitrag leisten. Der Kern des Problems liegt vermutlich darin, dass die auch in diesem Bericht erwähnten, in der Türkei im Jahre 1923 geplanten Reformen in der Folgezeit nicht zur Durchführung gelangten.

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Verbesserung der Bildung im weitesten Sinne jedoch von ausserordentlicher Bedeu-

tung. Wesentlich ist die Auswirkung der Bildung im Bereich der Unternehmerentscheidungen, obwohl man den Einfluss der Arbeiter im Gesamtprozess nicht ausser Acht lassen darf. Der Erfolg der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland z.B. weist auf die Tatsache hin, dass diese einfachen Arbeiter unter guter Führung produktiv eingesetzt werden können. Damit wird die Notwendigkeit, qualifizierte Führungskräfte auszubilden, sehr akut. Wir glauben, dass die Universitätsreform, die ja so sehr von älteren Professoren hinausgeschoben wird, unter allen Umständen durchgeführt werden sollte, wenn man mit der Entwicklung unserer Zeit Schritt halten will. Wie bei der Qualität sind auch die Gesamtzahlen der Studenten, prozentual gesehen, erheblich niedriger, als in entwickelten Ländern. Die Türkei stand im Jahre 1955 etwa im Durchschnitt der entwickelten Länder im Jahre 1925 (siehe Tabelle 22).

Tabelle 22 [31]

Der Prozentsatz der Studenten in den verschiedenen Ländern, in Zehntausend dargestellt

Jahre	Frankreich	Deutschland	Niederlande	Schweden	Schweiz	Türkei
1925	11	14	13	15	16	3
1935	17	11	15	19	19	4
1945	24	-	23	21	32	11
1950	31	21	29	24	26	12
1955	34	24	27	31	23	12
1960						19

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt wurde, besteht eine wesentliche Schwierigkeit der Entwicklungsländer darin, Techniken, die in den Industrieländern erfunden und praktiziert worden

31) Diese Tabelle wurde von J. Fred Pewhurst, John O. Coppock, P. Lamartine Yates und Ass., sowie "Development Plan", a.a.O., zusammengestellt

sind, zu übernehmen. Auch für die Vermeidung dieser Probleme ist die Bildung in den unterentwickelten Ländern von ausserordentlicher Wichtigkeit. Die hohen Investitionen auf dem Gebiet der Industrie würden erst dann einen Sinn haben, wenn der Bildungsprozess in demselben Ausmass gefördert würde. Von insgesamt 12 Mrd. Türk. Pfund, welche für das Jahr 1966 als Investitionen veranschlagt worden sind, entfällt nur ein Bruchteil auf die Bildung.[32] Da die konkreten Zahlen nicht vorliegen, werden wir uns mit der Projektionsprognose des Planungskomitees begnügen müssen. Es sind für das Jahr 1966 insgesamt für das gesamte Bildungswesen 836 Mill. Türk. Pfund vorgesehen [33]. In den entwickelten Ländern wie z. B. in England und Frankreich gehen heute nicht weniger als 5% von ihrem Sozialprodukt an das Bildungswesen. Die Vergleichszahl für die Türkei ist erheblich niedriger, nämlich etwa 1% [34].

Wenn das Beispiel über die USA vergegenwärtigt wird, so erfährt man die Notwendigkeit des Bildungs- und Forschungsprozesses. 70% der unerklärten Wachstumsrate, die ja als dritter Produktionsfaktor (die Bildung) von den Wachstumstheoretikern anerkannt wird, müsste in den Entwicklungsländern für ihre Entwicklungspolitik als Pionier dienen.

---

32) Diese Zahlen wurden der Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Süleyman Demirel entnommen, gehalten vor der Industriekammer in Istanbul im Juli 1965.

33) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 426.

34) Das Brutto-Sozialprodukt betrug in der Türkei im Jahre 1966 92 Mrd. Türk. Pfund zum Marktpreise, in Frankreich in derselben Periode 500,5 Mrd. Franz. Franken, in England 37,6 Mrd. Engl. Pfund. Statistical Yearbook 1967, United Nations, S. 180.

Neben den niedrigeren Investitionen auf diesem Gebiet ist auch die orthodoxe, konservative Politik für die langsame Entwicklung in der Türkei mitverantwortlich, nämlich,die knappe Anzahl der Akademiker wird heute ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zwei Jahre lang zum Wehrdienst eingezogen. Damit fehlen überall die Fachkräfte, die ja den Entwicklungsprozess leiten müssten. Das Ersuchen des Planungskomitees im Parlament, den Wenrdienst zu verkürzen oder solche Kräfte dort so einzusetzen, dass sie in ihrem Fach beschäftigt werden, hat leider kein Gehör gefunden.

Ob die Türkei sich aus diesem circulus vitiosus herausfinden wird, scheint sehr fraglich zu sein.

II. Hauptteil

DIE WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR IN DER TUERKEI

1. Der Bereich der Landwirtschaft

Nach den groben offiziellen Schätzungen sind die landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Türkei wie folgt aufgeteilt:

15.080.000 ha werden für die Herstellung der Agrarprodukte Weizen, Baumwolle, Mais usw. bearbeitet,

7.948.000 ha - gerade die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche - werden in jedem Jahr als Weide belassen, um dem Boden Gelegenheit zur Erholung zu geben,

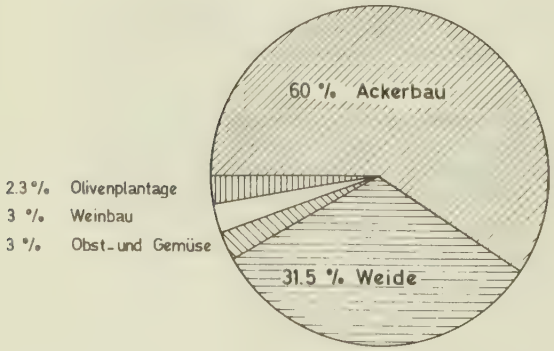
778.000 ha werden für Obst- und Gemüseanbau verwendet.

Daneben werden

775.000 ha für den Weinbau und

586.000 ha für Olivenplantagen benutzt.

Insgesamt sind 25.167.000 ha Land in der Türkei fruchtbar, d.h. für die Landwirtschaft geeignet. (Die Forstwirtschaft ist in diesen Zahlen nicht enthalten.)



Die Summe der landwirtschaftlichen Nutzflachen entspricht 32,4% der Landesfläche, wobei man allerdings die Fläche von 7.948.000 ha, die jedes Jahr zur Erholung brachliegen, nicht berücksichtigt. Genau genommen beläuft sich die reine jährliche Nutzfläche auf 17.219.000 ha, was 22,2% der gesamten Landesfläche entspricht.

Diese Prozentzahl ist sehr niedrig, vor allem wenn wir andere Länder, die nicht vorwiegend Agrarländer sind, mit der Türkei vergleichen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche machte zum Beispiel im Jahre 1961 aus:

in Ungarn	75%
in Polen	65%
in Frankreich	63%
in Rumänien	61%
in Westdeutschland	60%
in England	56%
in Bulgarien	52%
und in Italien	51%.

Obwohl die Türkei als Agrarland charakterisiert ist, besitzt sie gegenüber den anderen Nationen, die schon als überwiegend industrialisiert gelten, eine erheblich geringere landwirtschaftliche Nutzfläche. [1] Die schnellere Bevölkerungsexpansion hat eine rapide Ausdehnung der Anbaufläche auf bisher noch nicht kultivierte Gebiete erzwungen. Die Landgewinnung geht nunmehr auf Kosten der Forstwirtschaft. Jedes Jahr werden von Bauern Wälder in Brand gesteckt, um neue Anbaugelände durch Roden zu gewinnen. Dazu kann man dem Bericht des F.A.O. (Mediterrannean Development Project Turkey, Country Report) entnehmen:

> "There is no surplus land in Turkey's dry agricultural areas that could be additionally ploughed. On the country ploughing of the poor steppe pasture was far exceeded safe limits." 2)

---

1) vgl. Prof.Dr. Tanoglu, Revue de la faculté des sciences économiques de l'université d'Istanbul, Vol.23, No. 3-4, 1963, Istanbul.

2) vgl. ohne Verf. Mediterrannean Development Project Turkey, Country Report. F.A.O. S. 1-2, 1959, Roma.

Diese Situation ist für die Türkei alarmierend, wenn es ihr nicht gelingt, die Produktivität des Bodens durch Kunstdünger, Bewässerung und Schädlingsbekämpfung zu erhöhen. Gelingt dies nicht, würde der Bevölkerung eine Hungersnot drohen. Man befürchtet, dass dies die Richtigkeit der Malthus'schen Theorie beweisen könnte.

Harvey Oakes schätzte im Jahre 1954, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche ohne Erosionsgefahr auf 16,4 Mill. ha begrenzt sei. Die in Angriff genommenen Gebiete im Jahre 1956 betrugen jedoch 22,45 Mill. ha. H. Oakes schreibt:

> "On every side, the landscape of Turkey provides alarming evidence that much land has been ploughed that should not have been." 3)

Die skizzierten Schwierigkeiten lassen erkennen, dass die Türkei nur mittels einer langfristigen Investitionspolitik mit Erfolg die erheblichen Probleme wird angehen können. Dazu werden sehr grosse Opfer erforderlich sein, welche in der gegenwärtigen Situation kaum aufgebracht werden können.

Nach dem F.A.O.-Bericht vom Jahre 1959 ist, um die gegenwärtige schlechte Versorgung der Bevölkerung zu beseitigen oder die Krise zu überwinden, eine jährliche Investitionssumme von 170 Mill. $ erforderlich, die sich folgendermassen aufteilen würde:

150 Mill. $ für die Bewässerung des Landes und
20 Mill. $ für die Konservierung des Bodens.

Unabhängig von diesen Investitionen sind jährlich mindestens 20 Mill. $ Verbesserungsinvestitionen erforderlich. 4)

Die begrenzte Möglichkeit zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zwingt die Türkei, von der extensiven Agrarkultur zur intensiveren Bebauung überzugehen. Ausserdem

---

3) vgl.: Harvey Oakes "The soils of Turkey" (F.A.O., Ankara), 1954-1957.

4) vgl. F.A.O., a.a.O., S. 1-10.

muss das Land von ca. 8 Mill. ha, welches man pro Jahr zur Erholung brachliegen lässt, in die Produktion eingegliedert werden. Besonders wichtig werden jedoch die Massnahmen, die darauf abzielen, die Produktivität des Landes je ha zu erhöhen.

Wie aus der nachstehenden Tabelle 1 zu ersehen ist, hat sich die Anbaufläche für Weizen, Hafer usw. und verschiedene andere Produkte kontinuierlich ausgedehnt. Die Produktion ist proportional zur Landfläche gestiegen, wobei jedoch vom Jahr 1957/58 ab eine stetige Abnahme beobachtet wurde.

T a b e l l e 1 [5]

Der Ertrag pro ha, die Erzeugung und die Anbaufläche für Getreide in der Türkei

Jahr	Weizen	Gerste	Hafer	Roggen	Mais	Reis	sonstiges	zusammen
				Anbaufläche (1000 ha)				
1939	4,0	0,4	2,0	0,3	0,5	0,02	0,2	7,4
1945	3,7	0,4	1,6	0,3	0,5	0,02	0,2	6,7
1950	4,5	0,5	1,9	0,3	0,6	0,02	0,2	8,0
1955	7,1	0,6	2,6	0,4	0,7	0,03	0,4	11,8
1960	7,7	0,7	2,8	0,4	0,7	0,05	0,4	12,8
				Erzeugung (1000 Tonnen)				
1939/ 1940	4,2	0,4	2,3	0,3	0,6	0,05	0,1	8,0
1945	2,2	0,2	0,9	0,1	0,3	0,03	0,1	3,8
1950	3,9	0,4	2,0	0,3	0,6	0,05	0,2	7,5
1955	6,9	0,7	3,0	0,4	0,9	0,06	0,4	12,4
1960	8,5	0,7	3,7	0,5	1,1	0,11	0,4	15,0
				Ertrag (Hektar Kilogramm)				Durchschnitt
1939	1042	953	1123	985	1356	2293	885	1234
1945	585	558	575	466	578	1702	665	733
1950	864	908	1076	1043	1058	2128	908	1140
1955	977	1014	1131	965	1211	2125	981	1200
1960	1097	1044	1304	1232	1588	2588	1133	1426

5) vgl. Serin, Necdet, "Die Industrialisierung der Türkei", S. 58, Ankara 1963. (Eine Dissertation bei der politischen Fakultät der Universität Ankara)

Das Hauptagrarprodukt Weizen erreichte seinen Höchststand im Jahre 1953, wobei die Produktion pro Hektar 1.248 Kilo betrug. In den nachfolgenden Jahren hat die Produktion als Folge der Witterung unter starken Schwankungen gelitten.

Die Ergiebigkeit des Bodens pro Hektar ist, verglichen mit anderen Ländern, niedrig. Zum Beispiel wurden 1959 pro Hektar geerntet:

in Westdeutschland	3.380 kg
in Belgien	3.900 kg
in Dänemark	4.100 kg
in England	3.260 kg
in Holland	4.100 kg.

Dabei ist zu beachten, dass diese Nationen überwiegend als Industrieländer gelten. In den anderen, weniger industrialisierten Ländern, wie etwa

in Jugoslawien werden 1.940 kg/ha,
in Griechenland 1.520 kg/ha

und in Israel, dessen Boden verhältnismässig ungünstiger ist als der in der Türkei, 1.180 kg/ha geerntet.

Weitere Zahlen können wir aus der Tabelle 2 entnehmen.

Tabelle 2 [6]

Der Getreideertrag pro ha 1959

Land	Weizen	Gerste	Roggen	Hafer	Mais	Reis	sonstig.
	(in Kilogramm)						
Australien	1110	550	600	770	-	5950	-
Westdeutschland	3380	2730	2520	2990	2840	-	2560
Belgien	3900	2960	3010	3630	4310	-	2950
Nordamerika	1430	940	1350	1500	3280	3750	-
Tschechoslowakei	2290	2030	1830	2180	2690	-	-
Dänemark	4130	2390	2780	3110	-	-	2280
Frankreich	2600	1430	1870	2480	3200	4100	1630
Holland	4100	2680	2550	3710	2340	-	2180
Israel	1180	-	1300	1130	4450	-	-
England	3620	2320	2710	3300	-	-	2760
Schweiz	2650	2180	1680	2090	-	-	1960
Oesterreich (1958)	3300	2980	2900	2870	3750	-	3050
Italien	1810	1550	1310	1260	3250	5140	-
Japan	2360	2000	2220	2580	2170	4750	-
Kanada	1210	990	1400	1460	3280	-	1910
Norwegen	2150	2120	1820	2160	-	-	-
Neuseeland	3540	-	2460	3000	-	-	-
Jugoslawien	1940	1120	1200	1520	2590	3560	1150
Griechenland (1958)	1520	960	1080	1170	1350	3740	810

Die Hauptgründe der niedrigen Agrarproduktion liegen in

(1) der mangelhaften Bewässerung,

(2) der ungenügenden Düngung,

(3) der schlechten Verteilung des Bodens

und (4) der nicht ausreichenden Schädlingsbekämpfung.

---

6) vgl. Serin, Necdet, a.a.O., S. 60.

ad (1) Die Regenfälle sind über das ganze Land verteilt und sowohl unregelmässig als auch ungenügend. Der Regen fällt zwischen Mitte Oktober und Ende Mai. Die restliche Zeit ist trocken. Falls es während der Regenperiode genügend und regelmässig geregnet hat, sind die Ernteaussichten sehr gut, ansonsten ist es ein mageres Jahr. Durch die derzeitigen Bewässerungsanlagen kann man nur 9,2% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewässern; diese 9,2% werden sich durch Neulandgewinnung auf 9,0% senken und bis 1967 konstant bleiben. Die Vergleichszahlen sind hier etwa:

für Japan	47 %
für Israel	31,4%
und für Griechenland	11 % der bebauten Fläche.

Weitere Vergleichszahlen lassen sich aus der 3. Tabelle ersehen.

Diese Angaben haben deswegen eine besondere Bedeutung, weil die Türkei die niedrigste Produktion pro Hektar unter den hier angegebenen Ländern hat. Die entsprechenden Ziffern, etwa für die USA, Frankreich und Italien dürfen uns jedoch nicht täuschen, weil dort die Bewässerung in grösserem Ausmass gar nicht erforderlich ist.

Tabelle 3 [7]

Die Bewässerung in der Türkei und in anderen Ländern

Land	Jahr	Bebaubare Fläche	Bewässerung	% pro ha
Australien	1959	27.028	771	2,9
USA	1955	188.308	11.959	6,4
Frankreich	1959	21.211	32	0,2
Israel	1959	401	126	31,4
Italien	1959	15.851	136	0,9
Japan	1955	6.072	2.852	46,8
Kanada	1955	40.600	254	0,6
Türkei	1955	20.953	1.930 a)	9,2
	1956	22.453	1.960 a)	8,7
	1957	21.161	1.988	9,4
	1962 b)		1.155	
	1967 b)		1.630	9,0
Neuseeland	1959	493	67	13,4
Jugoslawien	1959	8.345	88	1,1
Griechenland	1959	3.686	400	10,9

a) 10% Wiesen und Weiden

b) bezieht sich auf Entwicklungsplan, Band 2, S. 246.

ad (2) Als zweiter Faktor ist hier die Düngung des Bodens mit natürlichen oder künstlichen Düngemitteln zu nennen. Neben der primitiven Bestellung des Bodens ist die mangelhafte Düngung (siehe Tabelle 4) eine der Hauptursachen der niedrigen Produktionserträge pro Hektar.

7) vgl. Serin, Necdet, a.a.O., S. 63

ad (3) Durch die starke Zersplitterung des Besitzes entstehen viele Kleinbetriebe. Die stark wachsende Bevölkerungszahl erfordert eine übermässige Ausnutzung des Gebietes,was zur Folge hat, dass die Produktion sich immer mehr in den Bereich stark sinkender Grenzerträge verschiebt. Eine kooperative Bearbeitungsweise würde die Produktivität erhöhen. Die begrenzte Zahl der Traktoren und Sähmaschinen etc. könnte in einem solchen System mit guter Verteilungsorganisation das Problem erleichtern (über die Verteilung des Bodens siehe Tabelle 5)

ad (4) Die ungenügende Organisation und der Mangel an Mitteln zur Bekämpfung der Schädlinge verursachen jährlich einen Schaden, der auf 150 Mill. Türk. Pfund geschätzt wird. Insbesondere die Heuschrecken, die über den Irak und Syrien in die Türkei einfallen, richten jedes Jahr Millionenschäden an. Ausserdem ist der Bauer nicht gegen Unwetter oder sonstige Schäden in irgend einer Weise versichert. Die fehlende Landwirtschaftsversicherung macht den Bauern machtlos gegen die Schäden, die durch die Natur entstehen.

Ein gutes Verteilungsnetz, das heute in der Türkei fehlt, würde das Produkt der Bauern aufwerten und ihnen einen besseren Lebensstandard sichern. Ausserdem würden die Stadtbewohner ebenfalls davon profitieren.

T a b e l l e 4 [8]

Die Düngung in der Türkei und in anderen Ländern

Land		Düngung im ganzen Land in 1.000 Tonnen	Kilogramm pro ha
Australien		586.4	22
Westdeutschland		2.371.1	275
USA		6.468.0	35
Frankreich		1.966.5	93
England		1.279.6	586
Italien		862.0	54
Schweiz		302.1	83
Japan		1.468.0	241
Kanada		846.0	21
Türkei	1952-1953	16.9	0.9
	1956-1957	22.0	1.0
	1959-1960	23.6	1.1
Neuseeland		255.9	519
Griechenland		129.2	36

8) vgl. ohne Verf.: United Nations, Statistical Yearbook, S. 324-325, New-York 1960

Tabelle 5 [9]

Die Verteilung des Bodens pro Are auf die Bauernfamilien (eine Untersuchung vom Jahre 1952)

Bebaute Fläche pro Are	Bauernfamilien	in %	Bebaubare Fläche pro Are	in %
1- 20	772.800	30,6	836.1	4,3
21- 50	797.400	31,5	2.789.8	14,3
51- 75	336.000	13,3	2.096.8	10,8
76-100	216.000	8,6	1.915.2	9,9
101-150	161.000	6,4	2.108.5	10,8
151-200	91.800	3,6	1.648.4	8,5
201-300	67.800	2,7	1.711.7	8,8
301-500	39.600	1,7	1.519.9	7,8
501-700	16.800	0,7	1.014.5	5,2
701 +	21.600	0,9	3.811.0	19,6
Total	2.520.800	100,0	19.451.9	100,0
Durchschnitt pro Bauernfamilie			77.0	

Die Agrarpolitik ist gegenüber der Industrie sehr von ausländischer Hilfe abhängig. Der langwierige Prozess kann nur dann abgekürzt werden, wenn das Ausland kontinuierliche und grosszügige Hilfe leistet. Die Anstrengungen der Türkei würden dann darauf gerichtet sein, mit ausländischen Hilfen in der Landwirtschaft überschüssige Kräfte zu mobilisieren, gegebenenfalls mittels Zwangsarbeit, und die Bewässerung und die Infrastruktur aufzubauen.

9) vgl. ohne Verf.: Erhebungen über die Landwirtschaft in 1952, hrsg. Statistisches Institut, Ankara, 1960, S. 134-135.

2. Der Bereich der Industrie

Die Industrialisierungsbewegung setzte in der Türkei unmittelbar nach den Befreiungskriegen von 1923 ein. Das Ottomanische Reich war überwiegend Agrarland. Es wurden hauptsächlich Agrarprodukte exportiert. In den Aufstiegsjahren zwischen 1560 und 1618 wurde der Schiffsbau, insbesondere der Bau von Kriegsschiffen, ausgedehnt und war weit fortschrittlicher als im damaligen Europa. [10])

Das grosse Reich, welches zu jener Zeit als das stärkste galt, lebte von den Steuerabgaben der eroberten Länder und hatte keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es wurden sogar für ausländische Produkte Privilegien eingeräumt. Die ausländischen Waren wurden z.B. mit nur 5% insgesamt besteuert, die einheimischen Produkte dagegen mit zum Teil bis 50%. Aufgrund der ungerechten Konkurrenz mit den ausländischen Industrien ist die einheimische zu Grunde gegangen. [11])

Nach den ersten statistischen Erhebungen im Jahre 1915 (siehe Tabelle 6) waren die vornandenen Betriebe oder Unternehmen zu 81,1% Familienbetriebe, zu 10,6% Aktiengesellschaften und nur zu 8,3% staatliche Betriebe. Nach den Standorten aufgegliedert waren 55% in Istanbul, 22% in Izmir und der Rest von 23% in verschiedenen Teilen des Landes verstreut. 28,4% der Betriebe erzeugten Nahrungsmittel, 27,7% Textilien, 19,3% Papierwaren, 9,1% waren mit dem Holzbau beschäftigt, 6,4% stellten Keramikwaren her, 4,9% Lederwaren und 4,2% sonstige Produkte.

---

10) vgl. Tökin, I.H. "Der wirtschaftliche und soziale Aspekt der Türkei. (Die Industrie in der Türkei in Zahlen dargestellt.) hrsg.: Statistisches Institut, Ankara, S. 4, Ankara 1946.

11) vgl. Sarc, Oe.C. "Die Tanzimat-Epoche und die türkische Industrie" (Tanzimat ve Sanayiimiz, Tanzimat, cilt 1, Istanbul 1943)

Tabelle 6 [12]

Der Stand der türkischen Industrie nach den Erhebungen des Jahres 1915

	Konsum	Keramik	Leder	Holz	Textil	Papier	Chemie	Total
Unternehmungen								
Totalzahl	75	17	13	24	73	51	11	264
staatliche	1	1	1	-	18	1	-	22
Aktienges.	8	5	1	-	10	-	4	28
Persl.Gesellsch.	66	11	11	24	45	50	7	214
Geogr.Aufteilg.								
Istanbul	45	20	11	15	15	44	5	155
Izmir	23	1	2	9	8	11	8	62
Sonstige	10	-	-	-	55	-	-	65
Arbeiter								
in Zahlen	3.916	336	1.270	377	6.763	1.267	131	14.060
in %	27,8	2,4	9,0	2,8	48,1	9,0	0,9	100,0
Durchschnittslohn: kurus *	14.2	13.8	13.9	16.0	6.8		13.7	
PS	7.863	3.837	961	513	6.247	715	821	20.957
Gesamtwert der Untern. in Mill.türk.Pfund	5.318	26	625	59	908	464	170	7.570
in %	70,3	0,3	8,3	0,08	11,9	6,92	2,2	100,0

*) ein türk. Pfund = 100 kurus

Die türkische Industrie unterhielt in der genannten Periode eine Belegschaft von insgesamt 14.060 Personen. Die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Maschinen betrug etwa 21.000 PS.

Nach der Ausrufung der Republik waren sich alle darüber einig, dass die Industrialisierung eines der Grundelemente der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Türkei sein würde. Zuerst wurden daher im Jahre 1924 mit dem Abkommen von Lausanne alle Privilegien der ausländischen Produkte aufgehoben. Der wirt-

12) vgl. Serin Necdet, a.a.O. S. 10-18

schaftliche Ausschuss mit 1.535 Delegierten diskutierte die wirtschaftliche Situation zwischen dem 17. Februar und dem 4. März 1923 in Izmir. Aus dem Protokoll geht hervor, dass in Zukunft die Entwicklung der Wirtschaft auf zwei Faktoren basieren soll.

a) den staatlichen und
b) den privaten Unternehmungen.

Diese "gemischte" Wirtschaftsordnung konnte zunächst leider nicht den Bedürfnissen des Landes Rechnung tragen. Die Kapitalakkumulation in den privaten Händen war nicht ausreichend. Es musste sich zuerst der sogenannte Unternehmertypus ausprägen; danach mussten technische Kräfte ausgebildet werden.

Das private Unternehmertum konnte neben den staatlichen Unternehmen nicht prosperieren und die ihm zugeteilten Aufgaben nicht erfüllen. Die kurzsichtige Wirtschaftspolitik des Staates veranlasste den privaten Sektor mehr und mehr, seine Investitionen von der Industrie zu weniger produktiven Branchen zu verlagern.

In der gegenwärtigen Situation beteiligen sich die staatlichen Betriebe an den Gesamtinvestitionen zu 70%, während die privaten Investitionen nur die restlichen 30% ausmachen. Der staatliche Anteil wird sich sogar nach vorsichtigen Schätzungen im Laufe der nächsten Jahre noch erhöhen. Nach dem Putsch von 1960 ist die sozialistische Bewegung in vollem Gange, und im Parlament werden Stimmen laut, die die staatliche Führung des Aussenhandels sowie die Verstaatlichung der gesamten inländischen Industrie verlangen. Ob es soweit kommt, wird uns die Zukunft zeigen. Die folgende Tabelle vermittelt einen Eindruck der staatlichen Unternehmungen. Der Staat hat nur in zwei Branchen dem privaten Kapital freie Bahn gelassen, nämlich im Bausektor und in der Landwirtschaft. Die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe sind lediglich als Musterbetriebe anzusehen.

Tabelle 7 [13]

Name of Enterprise	Date of Establishment or Year in which the Enterprise became a State Economic Enterprise	Nominal-capital	Paid-up Capital
Sumerbank	1934	500.000	500.000
Etibank	1935	500.000	499.561
Agricultural Bank	1937	750.000	485.964
Soil Products Office	1938	600.000	600.000
Agricultural Supplies Organization	1944	100.000	57.031
Machine & Chemical Industries	1950	400.000	207.864
State Railways	1953	2.500.000	2.304.913
Post, Telegraphs % Telephone	1953	300.000	176.910
State Supplies Office	1954	100.000	32.280
Cellulose and Paper Mills	1955	100.000	99.000
Iron & Steel Works	1955	400.000	376.316
Coal Enterprises	1957	750.000	367.300

13) vgl. ohne Verf.: First Five Year Development Plan 1963-1967, hrsg.: Turkish Republic, Prime ministry, State Planning Organization, Ankara, 1963, S. 79
(im folgenden zitiert als "Development Plan")

Tabelle 8 [14]

Name of Company	Nominal Capital	Paid-up Capital
Lamb Breeding and Trade L.L.Co.	600	300
Wool and Mohair J.S.Co.	16.000	15.000
Artificial Wood Industry J.S.Co.	8.000	8.000
Raw Rubber Industry J.S.Co.	10.000	6.500
Nitrogen Industry J.S.C.	120.000	120.000
Porcelain and Tile Factories L.L.Co.	80.000	20.000
Eti Construction L.L.Co.	30.000	30.000
Simel L.L.Co.	31.500	1.500
Construction and Materials L.L.Co.	30.000	30.000
Ankara Construction L.L.Co.	20.000	20.000
Istanbul Construction L.L.Co.	10.000	10.000
Serap Metal J.S.Co.	5.000	5.000
Sugarbeet Planters Coop.	85	85
Anatolian Railways J.S.Co.		
Press Advertisment Corp.	2.220	2.220

Tabelle 9 [15]

Name of Enterprise	Capital Nominal State	Capital Private
Seed Improvement and Reproduction J.S.Co.	580	1.420
Coal Works J.S.Co.	3.600	6.400
Sahnamiz Lignite J.S.Co.	350	650
Antalya Slaughterhouse Co.	8	12
Bilecik Canning Industry J.S.Co.	654	846
Kepez Fruit-Vegetable Production and Canning J.S.Co.	450	550
Gülbahce Canning Industry	160	1.000

14) vgl. ohne Verfs.: First Five Year Development Plan 1963-1967 hrsg.: Turkish Republic, Prime ministry,State Planning Organization, Ankara, 1963, S. 79

15) vgl. ebd., S. 82 u. 83

Fortsetzung T a b e l l e 9

Name of Enterprise	Nominal Capital State	Private
Adapazari Sugar Factory J.S.Co.	4.542	5.458
Kütahya Sugar Factory J.S.Co.	3.980	4.020
Amasya Sugar Factory J.S.Co.	1.000	9.000
Kayseri Sugar Factory J.S.Co.	800	11.200
Konya Sugar Factory J.S.Co.	1.000	9.000
Concentrated Feed J.S.Co.	120	880
Balikesir Cotton Industry J.S.Co.	5.205	5.295
Aydin Textile (Yarn and Fabric) and Vegetable Oil Industries	5.020	24.980
Sakarya Raw Rubber Industry J.S.Co.	10.000	30.000
Commercial Fertilizers J.S.Co.	5.380	5.620
Artificial Fibres Industry J.S.Co.	4.500	25.500
Ipras	44.990	45.010
Canakkale Ceramic Factory J.S.Co.	3.000	6.000
Eskisehir Cement J.S.Co.	3.500	11.500
Konya Cement Industry J.S.Co.	7.000	15.000
Mannesman Sumer Pipe J.S.Co.	2.400	3.200
Steel L.L.Co.	1.259	2.557
Istanbul Iron and Steel Industries	800	1.200
Silver Industry and Trade J.S.Co.	750	5.250
Arcelik	1.125	6.375
Minneapolis Moline (Turkish Tractor and Agricultural Machinery J.S.Co.)	8.988	11.012
Electrical Appliances J.S.Co.	983	1.201
Turkish Otomotive J.S.Co.	4.000	15.000
Emek Construction J.S.Co.	247	253
Metal Construction J.S.Co.	2.498	2.502
Aegean Electric J.S.Co.	7.693	18.307
Cukurova Electric J.S.Co.	15.200	19.800
Migros	3.800	5.200

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung T a b e l l e 9

Name of Enterprise	Nominal Capital State	Private
Gima Ltd.	10	490
Basic Food Products (GIMA)	23.850	24.150
Ishbank J.S.Co.	3.939	6.061
Commercial Bank	1.571	14.929
Credit Bank J.S.Co.	307	19.693
Vine-growers Bank J.S.Co.	100	4.900
Tobacco-growers Bank J.S.Co.	164	4.836
Workers Credit Bank J.S.Co.	400	2.600
Mining Credit Bank J.S.Co.	-	-
Railways Bank	7.468	14.532
Sugar Bank J.S.Co.	1.500	18.500
Ankara Insurance Co.	298	702
Anatolian Insurance Co.	606	894
Sugar Insurance J.S.Co.	310	2.190
Railway Insurance	750	1.250
Raynimens Insurance L.L.Co.	480	520
Günes Insurance J.S.Co.	995	1.505
Basak Insurance	1.400	1.600
National Reassurance J.S.Co.	100	900
Erofima	277	94.973
Industrial Transportation J.S.Co.	1.670	3.330
General Stores J.S.Co.	3.500	6.500
Bandirma Cold Storage J.S.Co.	15	485
Beet-growers Association J.S.Co.	100	900
Anatolian Agency	9.5	10.5
Ankara Palas	256	744
Mans Commercial and Industrial J.S.Co.	100	2.900
Ceyhan Industrial and Commercial Enterprises J.S.Co.	30	2.970

Die Investitionen des privaten Sektors waren überwiegend nicht zum Zweck der Produktion eingesetzt, sondern in einem erheblichen Masse auf die blosse Anlage der Finanzierungsmittel ausserhalb des "werbenden" Bereichs gerichtet:

> "The problem of the appropriate orientation of private investments is to be tackled through tax and credit policies. But first has to be solved the question of securing the total volume of productive private investment envisaged by the Plan. Private gross investment in 1962 amounted to something like 3,5 billion T.L.; of this more than half (around 2 billion T.L.) was in housing, and a large proportion of it in "luxury" housing." 16)

Der private Sektor wird bei der Industrialisierung des Landes nur dann eine Rolle spielen, wenn der Staat eine stabile Wirtschaftspolitik betreibt. Das bedeutet hier insbesondere eine stabile Importpolitik. Die meisten Industriebetriebe mit Ausnahme der Branchen Zucker, Zement und Textil sind vom Import abhängig. Diesen Betrieben muss der Staat eine Importgarantie geben, dass unter allen Umständen auch weiterhin das Rohmaterial und die Ersatzteile ohne Verzögerung beschafft werden können. Durch eine unstabile und eine sich jeden Monat ändernde Importpolitik würde nur dazu beigetragen, den privaten Sektor wie bisher in einem unproduktiven Feld wie z.B. im Bausektor, zu beschäftigen.

Erforderlich wäre weiterhin eine marktorientierte Preispolitik der staatlichen Betriebe. Eine durch die Regierung fixierte Preispolitik würde wahrscheinlich unvermeidlich den privaten Sektor in der Branche ruinieren und das Kapital zugleich zur Flucht aus diesem Sektor zwingen.

Die Türkei steht heute vor der Notwendigkeit einer forcierten Industrialisierung. Die ausserordentliche Höhe der Wachstumsrate der Bevölkerung und der hohe Anteil der aktiven arbei-

---

16) ohne Verf.: Turkey, hrsg.: Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD), Paris, 1963, S. 22.

tenden Bevölkerung (13 Mill. im Alter von 15 bis 60 Jahren) ruft eine ernste Gefahr hervor. Wenn nicht rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden, kann die Masse der Arbeitslosen im Land eine horrende Unzufriedenheit schaffen und die soziale Evolution, die ja schon so lange verzögert wurde, verhindern.

Die Industrialisierung sollte bewusst in einer bestimmten Richtung geplant werden. Anstelle der kapitalintensiven Investitionen wie für die Zement- und Zuckerfabriken sollten arbeitsintensive Herstellungen aufgebaut werden. Ausserdem sollten Patentbestimmungen erlassen werden, damit die ruinöse Konkurrenz unter den Unternehmungen unterbunden werden kann. Weiterhin sollten die nötigen Schritte unternommen werden, damit ein Kapitalmarkt entstehen kann.

Ob die Entwicklungsmassnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet allein genügen würden, ein Land wie die Türkei zu einem entwickelten Land zu machen, kann man bezweifeln. Die Probleme sind zum Teil auch ganz anderer Art. Nicht nur die Industrialisierung macht Schwierigkeiten, sondern auch soziale und politische Fragen wie solche des Bildungs- und Gesundheitswesens. Die Konsequenz ist, dass die Wachstumsrate der Volkswirtschaft als quantitativer Massstab diese qualitativen Elemente nicht berücksichtigt und somit auch vielleicht ein unzutreffendes Bild der Gesamtsituation vermitteln wird.

Selbst wenn man nur die Wachstumsrate betrachten wollte, ergäbe sich ein ausserordentlich langer Zeitraum, bis die Entwicklung einen den heutzutage bereits entwickelten Ländern entsprechenden Stand erreicht haben würde.

Thorkil Kristensen (Secretary-General of the OECD, Meeting of the OECD-Council at Ministerial Level 2nd-3rd Dec. 1964 in OECD Observer No. 13, Dec. 1964, S. 3) versucht hierzu unter optimistischsten Annahmen zugunsten der Entwicklungsländer eine

Berechnung und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass "... it would be still a little more than 200 years for the two average income levels to be the same". [17]

Die Situation zeigt sich für die Türkei - die hier keine Ausnahme ist - keineswegs günstig. Vielleicht bietet der Weg, den Ungarn und Jugoslawien inzwischen mit weitgehendem Erfolg beschritten haben, einen Anhaltspunkt für die weitere Entwicklung: Bis zu einem gewissen Niveau müssen alle Kräfte mobilisiert werden - auf Kosten der augenblicklich lebenden Generation kann dann vielleicht die Zukunft späterer Generationen optimistischer beurteilt werden. Eine dritte Alternative zwischen Freiheit und Armut und Arbeitszwang und eventuellem späterem Wohlstand scheint nicht ersichtlich zu sein.

3. Analyse der Sektoren

Die Abhängigkeit der Wirtschaft vom primären Sektor wird aus der untenstehenden Tabelle ersichtlich:

T a b e l l e 10 [18]

Turkish National Income according to Industrial Origin at current Prices

	Primärer	Sekundärer	Tertiärer Sektor
1948	4.691.4	926.3	3.197
1952	6.193.3	1.480.9	4.741
1954	4.927.2	2.248.4	6.610
1956	9.096.3	3.290.2	8.740
1959	18.132.1	6.606.6	13.684

17) Thorkil Kristensen nimmt bei den Entwicklungsländern 3%, bei den entwickelten Ländern 2% Wachstumsrate an.

18) vgl. ohne Verf.: "National Income of Turkey 1948-1959" hrsg.: Republic of Turkey, Prime Ministry, Central Statistical Office, Publication No. 409, Ankara 1960. Die oben erwähnten Zahlen stellen einen Auszug aus der Tabelle dar.

Von ungefähr 40 Mld. türk.Pfund des Nettosozialproduktes im Jahre 1959 entstammen nicht weniger als 45% (d.h. über 18 Mld.) aus dem Agrar-Sektor. Aus dem sekundären Sektor werden nur 6.606 Mld. türkische Pfund, d.h. 16,5% des Sozialproduktes aufgebracht. Der tertiäre Sektor trägt dagegen 13.684 Mld. türk.Pfund, d.h. 38,5% des Nettosozialproduktes bei.

Die sektoralen Wachstumsraten gehen aus der Tabelle 11 hervor: In der Zeit zwischen 1948 und 1959 beobachtete man in allen Sektoren eine steigende Tendenz, wobei diese im sekundären und tertiären Sektor wesentlich schneller gewesen ist, als im primären Sektor. Auf Grund der verschiedenen Wachstumsraten der Sektoren könnte man annehmen, dass sich auch die bestehende Beschäftigungsstruktur geändert hatte. Tatsächlich ergab sich jedoch ein anderes Bild: Die Industrie ist nicht in der Lage gewesen, in der vorliegenden Periode die wachsende Zahl der Arbeitskräfte aufzunehmen, ganz abgesehen davon, dass der bestehende Arbeitsüberschuss in der Landwirtschaft nicht vermindert werden konnte.

Tabelle 11 [19]

The Percentage Distribution according to industrial Origin of the total Nat. Income at current Prices

	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1948	53,2	10,5	33,1
1952	49,8	12,0	34
1954	40,1	15,2	34,7
1956	42,9	15,5	31,6
1959	45,2	16,5	38,5

19) vgl. ohne Verf.: "National Income of Turkey 1948-1959" (Republic of Turkey, Prime Ministry, Central Statistical Office, Publication No. 409, Ankara 1960).

Die oben erwähnten Zahlen stellen einen Auszug aus der Tabelle dar.

Das gilt auch für unterentwickelte Länder wie Spanien, Portugal und Jugoslawien, wo die in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung zwar langsam, aber doch kontinuierlich abnahm.

T a b e l l e 12 [20]

Percentage Change in the active agricultural Population

Country	Period	Percentage change in active agricultural Population	Active agricultural pop. as % of total active pop. at end of the period
Austria	1951-61	- 30	23
Denmark	1950-61	- 25	18
Germany	1950-60	- 35	14
Greece	1961	n.a.	53
Ireland	1950-60	- 20	38
Italy	1951-61	- 28	29
Netherlands	1947-62	- 27	10
Norway	1950-61	- 25	17
Portugal	1950-60	- 9	40
Spain	1950-60	- 9	42
Turkey	1950-60	+ 20	71
United Kingdom	1950-60	- 16	4
United States	1950-61	- 27	8
Yougoslavia	1956-61	- 10	57

Die Sondersituation der Türkei ist darauf zurückzuführen, dass während dieser Periode die Industrialisierung bzw. die industriellen Investitionen überwiegend in den kapitalintensiven Branchen verliefen, wie z.B. in der Zucker- und Zementindustrie, beim Bau von Staudämmen und Strassen.

---

20) vgl. ohne Verf.: "The Observer, Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD), Paris, No. 13, Dec. 1964.

Im primären Sektor sind die Beschäftigungs- wie überhaupt die Produktionsmöglichkeiten, mit Ausnahme der Fischerei, weitgehend beschränkt. Zwar sind, wie bereits bemerkt, die Erweiterungen der Produktionsmöglichkeiten mit grösseren Investitionen möglich. Das gilt jedoch nur langfristig und unter erheblichen finanziellen Aufwendungen, die zurzeit nicht möglich sind. Die Fischerei ist als eine der wichtigsten Branchen des primären Sektors bisher stark vernachlässigt worden. Das Schwarze Meer hat einen unermesslichen Fischreichtum, der vor der Ausbeutung durch andere Länder weitgehend geschützt ist. Dennoch sehen die Fischereien der Saison meistens mit Sorge entgegen, weil die riesigen Fangmöglichkeiten ausser Acht gelassen werden müssen, da die Konservierungsmöglichkeiten ausserordentlich gering sind und somit lediglich der laufende Konsumbedarf gefangen wird.

III. Hauptteil

WACHSTUMSMODELLE FUER DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

1. Das Harrod-Domar'sche Modell.

In der westlichen Wirtschaftssphäre ist es üblich, die Anwendung des Harrod-Domar'schen Modells auch bei den unterentwickelten Ländern zu versuchen, obwohl Domar - wie Higgins bemerkt [1] - bei der Entwicklung seiner Gedanken sicherlich nur eine Anwendung auf fortgeschrittene Volkswirtschaften beabsichtigt hat. Der Hauptgrund der Verwendung dieses Modells liegt wohl im Fehlen eines günstigeren Modells.

Wenn wir annehmen, dass die Investitionen jährlich absolut zunehmen (ΔI) und die entsprechende Zunahme der Einkommen ΔY ist, so gilt:

$$(1) \qquad \Delta Y = \Delta I \frac{1}{\alpha} ,$$

wobei $\frac{1}{\alpha}$ der Multiplikator ist.

Domar geht nun davon aus, dass die Wirtschaft vollbeschäftigt ist (hier werden wir mit unserer Kritik anknüpfen müssen) und sich im Gleichgewicht befindet. Das gesamte Volkseinkommen ist dann gleich dem Produktionswert. Dieser wird mit $I\sigma$ gekennzeichnet. σ ist nichts anderes als das Potential der Investitionen.

Eine Zunahme des Sozialproduktes erfordert eine gleiche Zuwachsrate von $I\sigma$. Die sich ergebende fundamentale Gleichung sieht dann folgendermassen aus:

$$(2) \qquad \Delta I \frac{1}{\alpha} = I\sigma . \quad [2]$$

---

1) vgl. Higgins, B.: Economic Development Problems, Principles and Policies , New York, 1959, S. 161

Um die Gleichung zu vereinfachen, multiplizieren wir beide Seiten mit α und dividieren mit I, wir erhalten dann:

$$(3) \qquad \frac{\Delta I}{I} = \sigma \alpha$$

Die Zunahme der Wachstumsrate würde also vom Potential der Investitionen und von der marginalen Sparneigung abhängen. Die Summe der Investitionen allein kann also das Wachstum des Sozialproduktes nicht eindeutig bestimmen. Das Potential der Investitionen ist neben dem absoluten Ausmass ein weiterer und wesentlicher Bestimmungsgrund.

2. Das Fel'dman - Modell

Im Gegensatz zum Harrod-Domar'schen Modell werden von Fel'dman zwei Komponenten, nämlich die Einkommensverteilung und die effektive Nutzung des Kapitalstockes besonders hervorgehoben. Das Fel'dman'sche Modell, welches bereits aus dem Jahre 1928 stammt, unterteilt die Gesamtwirtschaft in zwei Sektoren: in einen Produktionsgütersektor U und in den Konsumgütersektor P, wobei die beiden Sektoren stark voneinander abhängig sind.

Wenn man α als die gesamte marginale Sparneigung bezeichnet, so stellen α_ρ und α_u die beiden sektoralen marginalen Sparneigungen dar, wobei definitionsgemäss

$$\alpha_\rho + \alpha_u = \alpha = 1 \quad \text{ist.}$$

S, S_P und S_U sind die Wirksamkeitsgrade der verschiedenen Kapitalstöcke. Fel'dman geht nun von der folgenden Gleichung aus:

$$\alpha_\rho \cdot S_\rho \cdot K_\rho = (1-\alpha_u) \cdot S_u \cdot K_u$$

(K = Kapitalstock)

Diese Gleichung zeigt die Abhängigkeit voneinander.

Unter Verwendung der verschiedenen Wachstumsraten ergibt sich:

$$G_{\alpha\rho} + G_{S\rho} + G_{K\rho} = G\ (1-\alpha_u) + G_{Su} + G_{Ku}$$

(G = Wachstum (growth))

Diese Gleichungen berücksichtigen, dass die Investitionsrate von der effektiven Nutzung des Kapitals und von der marginalen Sparneigung abhängen wird.

Eine Zunahme der Investitionen würde gleichzeitig eine Zunahme der Wachstumsrate bedeuten. Fel'dman unterscheidet sich von Domar unter anderem auch durch die Einführung eines Industrialisierungsindex, den er mit $K_U : K_P = I_K$ zum Ausdruck bringt. Diese Beziehung ist ein wichtiger Indikator zur Angabe der Wirksamkeit der jeweiligen Industrialisierung. Eine schnellere Industrialisierung erfordert einen höheren proportionalen Zuwachs von K_U als von K_P.

Um eine höhere Wachstumsrate zu erzielen, genügt es nicht nur, dass $K_U : K_P$ überproportional wächst, sondern es ist auch erforderlich, dass das Anwachsen der effektiven Nutzung von K_U grösser ist als das von K_P. Bei gegebenem $K_U : K_P$-Verhältnis ergibt sich jedoch eine andere Wachstumsrate, je nachdem wie sich die effektive Nutzung des Kapitals unterschiedlich gestaltet. (S)

Unter Berücksichtigung der Arbeiterzahl und der Arbeitsproduktivität ergibt sich weiter folgender Zusammenhang:

$$S = \frac{ND}{K} = \frac{N\ e}{K}$$

Dabei ist:

N = Arbeiterzahl

ND = Nationaleinkommen

K = Kapitalstock

e = Arbeitsproduktivität.

Durch Umformung erhalten wir die Gleichung:

$$e = \frac{ND}{N} = \frac{SK}{N}$$

3. Kritik.

Wie gezeigt wurde, unterscheidet sich das Modell Fel'dmans durch die Berücksichtigung der tatsächlichen Ausnützung der vorhandenen Faktoren. Durch eine Anwendung des Fel'dman'schen Modells ergibt sich daher die Möglichkeit, der besonderen Situation in den unterentwickelten Ländern, die - wie in der Türkei - durch chronische Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, gerecht zu werden. Fel'dman selbst führt aus:

> "Under the condition of existence of surplus labour power, the magnitude of labour supply determines the role by the capital stock and its effectiveness in the process of growth. In the case of a limited number of working hands, the rate of growth is determined by the increase in the productivity of labour. In the latter, the rise in the effectiveness of capital is closely connected with the growth in the productivity of labour." 3)

---

3) Fel'dman, G.A.: On the Theory of Rates of Growth of National Income, in: Planovoe Khoziastvo (The Planned Economy), No. 11, o.O., November 1958, S. 157.

zitiert nach: Bhalla, A.S.: From Fel'dman to Mahalanobis in Economic Planning, in: Kyklos (Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Vol. XVIII, 1965, Fasc. I, Basel, 1965.

IV. Hauptteil

INVESTITIONSPOLITIK

1. Staatliche Investitionen.

a) Die Rolle der staatlichen Investitionen bei der Entwicklung der Wirtschaft.

Seit der Gründung der Republik im Jahre 1923 haben die staatlichen Investitionen zur Entwicklung der Industrialisierung einen grossen Beitrag geleistet. Die begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten im privaten Sektor und die Notwendigkeit zu einer schnelleren Industrialisierung haben sehr grosse staatliche Unternehmungen entstehen lassen. Die ungenügende Versorgungslage vor 1923 konnte nicht mehr bestehen bleiben (siehe Tabelle 1). Die private Initiative konnte mangels Unternehmerfähigkeit, Wissen usw. keinen grossen Beitrag zur Industrialisierung leisten.

Durch die Annahme einer Resolution im Kongress im Jahre 1923 in Izmir wurde beschlossen, eine gemischte Wirtschaftsordnung einzurichten, wobei der Staat zu Beginn dominieren sollte. Die staatlichen Investitionen konzentrierten sich besonders in den Branchen, an denen der private Unternehmer mangels Wissen und Kapital nicht interessiert war.

Die erste staatliche Unternehmung war die im Jahre 1934 gegründete "Sumerbank", deren Arbeitsgebiet die Gründung von Textilfabriken und die Erzeugung von Textilien war. Ein Jahr später entstand die "Etibank" mit dem Arbeitsgebiet Bergbau und Elektrizitätserzeugung. Im Jahre 1937 folgte die "Landwirt-

schaftliche Bank". Diese drei grossen Unternehmen waren die Grundsteine der Industrialisierung.

Die koordinierte Zusammenarbeit unter diesen staatlichen Betrieben hat sofort Früchte getragen. Unternehmungen wie die staatliche Zuckerfabrikengesellschaft, eine der bedeutendsten Bankgesellschaften, die "Is-Bank", die Stickstoffherstellungsgesellschaft wurden durch die "Sumerbank" ins Leben gerufen. Durch die Zusammenarbeit der "Sumerbank", der Zuckerfabrikengesellschaft und der Stickstoffherstellungs-Gesellschaft ist einer der wichtigsten Industriezweige gegründet worden, nämlich die Maschinenersatzteil-Gesellschaft.

In einer Periode von ungefähr dreissig Jahren (1934-1960) ist die Zahl der Lizenzunternehmen auf über 150 angestiegen. Ihr Kapital betragt etwa 36,6 Mrd.Turk.Pfund. In diesen Unternehmen sind gegenwärtig insgesamt 101.000 Angestellte und 193.000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Unternehmen, ihrer Beschäftigungsgebiete, sowie die Kapazität genen aus den Tabellen 7, 8 und 9 (Seite 50 ff.) [1] hervor.

Der Beitrag der staatlichen Unternehmungen ist unverkennbar; einmal sind diese über das ganze Land verstreut, zum anderen haben sie allein die Schwerindustrie des Landes aufgebaut.

T a b e l l e 1 [2]

Der Stand der türkischen Industrie im Jahre 1921

Art der Unternehmungen	Zahl der Unternehmungen	in %	Zahl der beschäftigten Arbeiter	Der Prozentsatz der beschäft.Arb.
Textilwaren	20.057	60,7	35.316	48,34
Leder	5.347	16,2	17.964	23,57
Bergbau	3.273	9,9	8.021	10,52
Holzindustrie	2.067	6,3	6.007	7,88
Konsumgüter	1.273	3,8	4.493	5,89
Keramik	704	2,1	3.612	4,74
Chem.Industrie	337	1,0	803	1,06
Total	33.058	100,0	76.216	100,0

1) vgl. Seiten 50, 51.
2) vgl. Tökin, a.a.O.

b) Kritik an der staatlichen Investition.

Die Kritik an den staatlichen Unternehmungen kann man im wesentlichen in vier Punkte zusammenfassen:

(1) die mangelhafte Preispolitik,

(2) die ungenügende Beschäftigungspolitik,

(3) die mangelhaften unternehmerischen Kenntnisse der Führungskräfte,

(4) die Abhängigkeit der Entscheidungen der Unternehmen.

ad (1) Solange diesen Unternehmungen die Preise durch die Regierungen diktiert werden, ist der Mut zu privaten Investitionen durch private Unternehmen vermindert. Wie wir später noch zeigen werden, weisen die meisten öffentlichen Unternehmen in jedem Haushaltsjahr grössere Defizite auf, die durch das Staatsbudget, d.h. durch Steuereinnahmen, gedeckt werden müssen. Diese Sorgenkinder des Staates, welche für die Wirtschaft sehr nützlich und rentabel sein könnten, werden in der Politik als Wahlinstrumente missbraucht.

ad (2) Wie an einer anderen Stelle dieser Arbeit bemerkt wurde, arbeiten in diesen staatlichen Betrieben über 101.000 Angestellte, denen 193.000 Arbeiter gegenüberstehen. Diese Verhältnisse, dass auf einen Angestellten etwa zwei Arbeiter kommen, sind aber lediglich in den Staatsbetrieben anzutreffen und geben zur Besorgnis Anlass, da dadurch der Verwaltungsapparat übermässig aufgebläht zu sein scheint und auch ist.

ad (3) Der Führungsstab bei solchen Unternehmen besteht entweder aus pensionierten Offizieren oder aus Leuten, die ebenfalls überhaupt nichts mit dieser Tätigkeit zu tun haben.

ad (4) Das Budget und das Investitionsprogramm werden parallel zum Staatshaushalt vorbereitet und vom Parlament als

Gesetz verabschiedet. Dadurch ist die Flexibilität der Investitionspolitik dieser Unternehmen sehr gering. Falls beispielsweise eine Investition auf 160 Mill. Türk. Pfund geschätzt worden ist, können die Mittel hierfür aber nicht herbeigeschafft werden, wenn Preiserhöhungen oder sonstige Entwicklungen, die in derselben Periode durchgeführt und beendet werden müssen, erforderlich werden, weil sie (die Mittel) nicht in demselben Haushaltsjahr durch das Parlament genehmigt worden waren und eine nachträgliche Genehmigung nicht mehr möglich ist.

Mir scheint, dass eine Reorganisation dieser Betriebe unter Abschaffung jeglicher Restriktionen, wie dirigierte Preis- und Beschaffungspolitik, erforderlich ist. Sie würde so einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung leisten. Ausserdem würde der Staat imstande sein, die Steuereinnahmen produktiver als bisher zu verwenden.

2. Private Investitionen

a) Die Rolle der privaten Investitionen bei der Entwicklung der Wirtschaft.

In einer dualistischen Marktwirtschaft entsteht das Sozialprodukt durch Zusammenwirken von staatlichen und privaten Unternehmen. Der Anteil jeder Gruppe am Sozialprodukt präsentiert den Erfolg des unternehmerischen Könnens, des Produktionsprozesses und des reibungslosen Ablaufes. Der Erfolg hängt mehr oder weniger von der Wirtschaftspolitik des Staates ab. Das Gewicht der privaten Unternehmen geht aus der Tabelle 2 hervor.

Tabelle 2 [3]

Die Zahl der Arbeiter in verschiedenen Industriezweigen; in staatlichen und privaten Sektoren

	1950		1954		1960		1950-1960		
	Staat.	Priv.	Staat.	Priv.	Staat.	Priv.	Staat.	Priv.	Durchschnitt
Konsumgüterindustrie	596	18	561	19	654	18	620	18	319
Alkoholindustrie	247	13	197	18	211	10	222	14	118
Tabakindustrie	1314	338	830	147	631	131	902	171	537
Textilindustrie	1464	72	1277	67	1379	69	1358	69	714
Bekleidungsindustrie	842	20	882	15	1074	16	926	172	549
Holz- & Möbelindustrie	173	9	177	10	163	10	170	9	90
Papierindustrie	1567	25	1471	33	1664	19	1721	25	873
Druckerei- & Verlagssektor	107	24	113	26	167	26	132	26	79
Lederindustrie	-	22	-	21	-	13	-	22	22
Kautschukindustrie	-	80	----	70	-	41	-	65	65
Chemische Industrie	221	20	191	20	212	25	217	22	120
Erdöl- & Kohlenindustrie	127	-	175	12	160	19	141	17	79
Kies- & Sandwerke	271	59	253	26	322	34	374	36	155
Giesserei-Industrie	1676	12	698	12	1096	26	1078	16	547
Metallbearbeitungsindustrie	455	27	512	37	598	32	478	32	255
Maschinenindustrie	259	13	314	17	311	26	305	20	163
Transportsektor	980	11	1065	14	1552	16	1163	14	589
Sonstiges	-	11	555	14	214	20	63	18	-
Durchschnitt	738	36	591	36	584	33	652	35	344

3) vgl.: Serin Necdet: Die Industrialisierung der Türkei, hrsg.: Politische Fakultät Universität Ankara 1963

Das Verhältnis der öffentlichen zur privaten wirtschaftlichen Aktivität ist von Sektor zu Sektor ganz verschieden.

Im landwirtschaftlichen Sektor entstehen nahezu 40% des Sozialproduktes. Davon entfällt lediglich 1% auf die staatlichen Betriebe. In der Industrie werden 15% des Sozialproduktes erzeugt, zu denen die privaten Unternehmen 51% beitragen.[4)]

Mit Ausnahme der Möbel-, Leder- und Kautschuk-Industrie, die ausschliesslich in den Händen der privaten Unternehmen liegen, nehmen die staatlichen Betriebe im Jahre 1950 in der Kohlenindustrie 100%, in den anderen Sektoren jedoch nicht mehr als 50% ein. Im einzelnen sind das:

41,7% in der Alkhohol- und Genussmittelindustrie,
23,9% im Transportwesen,
18,2% in der Zellulose- und Papierindustrie,
17,5% in der Tabakverarbeitung,
15,8% in der Metallindustrie und
ca.10% in den anderen Branchen. [5)]

Im Jahre 1960 dagegen haben in manchen Zweigen die staatlichen Betriebe eine starke Schrumpfung erlitten, z.B. beträgt der staatliche Anteil in der Alkohol- und Genussmittel-Industrie zu diesem Zeitpunkt nur noch 15,7%. Dagegen hat die Zahl der Betriebe in diesem Zeitraum um über 100% zugenommen. 1950 bestanden 103 staatliche Betriebe, 1960 waren es 219. Aber auch die Zahl der privaten Unternehmen hat von 1950 (2.515) bis 1960 (5.284) eine 100%-ige Steigerung erfahren. [6)]

---

4) vgl. ohne Verf.: "First Five Year Development Plan", hrsg. Turkish Republic, Prime Ministry, State Planning Org., S. 70, Ankara 1960.

5) vgl. Serin Necdet: "Die Industrialisierung der Türkei", S. 167, Ankara 1963.

6) vgl. ebd. S. 167.

Im Gegensatz zu den staatlichen Investitionen, die durch Steuern und Kreditgarantien des Auslandes sowie durch Obligationen finanziert werden, stehen bei den privaten Investitionen die Eigenfinanzierungen an erster Stelle.

Da kein regulierter Kapitalmarkt - der eine sehr wichtige Finanzierungsquelle in den westlichen Ländern darstellt - vorhanden ist, sind die Unternehmen gezwungen, andere Quellen zu suchen. Die privaten Geldleiher, die keinerlei Bestimmungen oder Gesetzen unterliegen und auch keine Steuern von ihren Gewinnen zahlen müssen, verlangen für mittelfristige Kredite von ein bis fünf Jahren zwischen 30 und 40% Zinsen. Diese Kredite sind für Investitionen also vollkommen ungeeignet, müssen aber dennoch sehr oft in Anspruch genommen werden. Die Bankkredite sind meist nur kurzfristiger Art, sodass keine Möglichkeiten für Investitionen gegeben sind.

Zurzeit wird eine Bank zur Finanzierung der industriellen Investitionen aufgebaut, die später den privaten Unternehmungen Mittel für ihre Investitionen zur Verfügung stellen kann.

Ueber 60.000 kleinere Betriebe nehmen Teil am Produktionsprozess - die meisten davon mit unter zehn Beschäftigten. Ungefähr 60% der privaten Produktion werden von zwanzig grossen Unternehmen kontrolliert. Der Rest verteilt sich auf die bereits genannten kleineren Betriebe.

b) Kritik an den privaten Investitionen.

Diese anormale Situation basiert auf verschiedenen Ursachen:

(1) Die Bevölkerung ist gegenüber der Gründung von Gesellschaften misstrauisch.

(2) Es existiert kein organisierter Kapitalmarkt.

(3) Die Aktienausgabe wird durch den Staat diskriminiert.

Die staatlichen Obligationen bringen ziemlich mehr auf als die Aktienausgabe, weil sie von jeglichen Steuern befreit sind und einen höheren Zinssatz besitzen.

Diese drei oben genannten Faktoren hindern die Entwicklung und Expansion der Aktiengesellschaften, die ohne Zweifel in vielen Fällen leistungsfähiger wären als die Personalgesellschaften. Ein regulierter Kapitalmarkt würde dazu beitragen, die Zahl der Aktiengesellschaften zu erhöhen. Dies würde eine Kapitalskumulation ermöglichen, die einer schnelleren Expansion der Wirtschaft dient. Ausserdem würde damit den Aktiengesellschaften die Möglichkeit zu ausgedehnter Forschung gegeben, die ja später der gesamten Wirtschaft zugute kommt und daher für ein unterentwikkeltes Land von erheblicher Bedeutung ist.

Eine gute Wirtschaftspolitik könnte die heute noch bestehenden Hindernisse sicherlich beseitigen und würde damit die privaten Investitionen der wirtschaftlichen Entwicklung nützlich machen.

Wie schon an anderer Stelle dieser Arbeit gezeigt wurde, werden rund 2 Mrd. von insgesamt 3,5 Mrd. Türk. Pfund der gesamten Bruttoinvestitionen für den Wohnungsbau, vielfach sogar für die Erstellung von Luxusappartements, verwendet. Die mangelhafte Wirtschaftspolitik hat diese Flucht von der industriellen Investition zur Wohnungsbauinvestition nicht verhindert oder gar verursacht.

Diese Politik kann etwa folgendermassen charakterisiert werden:

(1) schwankende Importpolitik,
(2) eine sich sehr oft ändernde Fiskalpolitik,
(3) ungenügende Kontrolle der privaten Investitionen.

Wir wollen hier diese Punkte ausführlich darstellen:

ad (1) Die Importpolitik des Staates unterliegt dauernden Veränderungen. Infolgedessen kann niemand sicher sein, ob ein

bestimmter Artikel, für welchen eine vierteljährliche Importquote bewilligt war, nach der nächsten Bewilligung weiterhin erlaubt sein wird. Diese Ungewissheit beunruhigt die Industrie sehr, da sie von den Importlieferungen abhängig ist. Es entstehen unausgenutzte Kapazitäten, weil das Rohmaterial, welches importiert werden sollte, infolge von Restriktionen nicht geliefert werden kann. Unter diesen Bedingungen kann von den privaten Kapitalgebern nicht erwartet werden, dass sie ihr Kapital in der Industrie investieren.

ad (2) Hier ist es vielleicht sehr instruktiv, einen praktischen Fall zu untersuchen, nämlich die Preiskontrolle der Produktion mittels Gesetz. Die Produktion wird in jeder Stufe mit bestimmten Sätzen besteuert. Das lässt keine rationale Produktionsmöglichkeit zu, weil der Gewinnsatz in Prozenten und auf das Fertigprodukt umgerechnet wird. Hierzu ein Beispiel: Ein Produkt wird zu 100 Kosteneinheiten produziert und um 10% gesetzlich zugelassenen Gewinnzuschlag verteuert. Der Unternehmer darf nun das Produkt mit 10%-igem Aufschlag verkaufen und 110 Kosteneinheiten verlangen. Ist aber nun das Produkt mit 150 Anfertigungseinheiten produziert worden, so ist sein Verkaufspreis mit 10% Aufschlag 165 Einheiten. Bei einer Verteuerung von 50% bringt dies so einen Gewinn von 5 Kosteneinheiten mehr als vorher. - Diese Fiskalpolitik hindert nicht nur eine rationale Arbeitsweise, sondern bringt auch Verzerrungen mit sich und bewirkt unechte Preise, d.h. Teuerung.

ad (3) Die ungenügende Kontrolle über die Konzessionsverteilung bei den privaten industriellen Investitionen stellt einen weiteren Punkt dar, der nicht weniger wichtig ist als die bisher genannten. Es muss beachtet werden, dass die Investitionen, die vom Import abhängig sind, nach Möglichkeit vermindert werden, um denjenigen die Priorität einzuräumen, die überwiegend mit den im Inland vorhandenen Rohmaterialien durchgeführt werden

können. Diese Handlungsweise würde die Möglichkeit bringen, den Aufbau der Industrie weit reibungsloser als bisher zu gestalten.

Abgesehen von diesen drei Punkten macht sich die Konzentration der Industrie in Istanbul störend bemerkbar (siehe Tabelle 3). Eine Zerstörung dieser Zusammenballung würde die Einkommensverteilung stark beeinflussen und wohl auch bessern, weil dann auch andere Regionen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren könnten.

Tabelle 3 [7]

Die Aufteilung der Industrie in der Türkei

Städte	1955	%	1960	%
Istanbul	1.184	60,4	1.665	64,3
Izmir	452	55,7	652	60,6
Ankara	186	41,5	282	41,7
Trabzon	51	18,2	48	14,2
Adana	159	55,2	226	58,9
Erzurum	32	20,4	47	22,4
Gaziantep	59	37,1	71	34,6

7) vgl. ohne Verf.: Monatliches, statistisches Heft, No. 38, S. 94, hrsg.: Statistisches Institut, Ankara, Dezember 1962. Die oben stehende Tabelle stellt einen Auszug dar.

V. Hauptteil

R E F O R M E N

1. Bodenreform.

a) Bemühungen um eine Bodenreform.

Die Notwendigkeit einer Bodenreform in der Türkei wurde schon von Kemal Atatürk, dem grossen Reformator, seinerzeit ausdrücklich betont. Im Jahre 1937 erklärte er in seiner Eröffnungsrede im Parlament:

Das Fundament unserer Wirtschaftspolitik bildet die Landwirtschaft; deswegen werden wir unsere Aufmerksamkeit der landwirtschaftlichen Entwicklung zuwenden. Um diesen lebenswichtigen Prozess zu verwirklichen, müssen wir eine greifbare und von der ganzen Bevölkerung leicht zu verstehende Landwirtschaftspolitik verfolgen. Diese Politik muss folgende Ziele haben:

(1) Jeder Bauer muss ein Land von bestimmter Grösse haben. Dieses muss für die Bewirtschaftung ausreichend sein und darf auf keinen Fall zersplittert werden.

(2) Der Besitz der Farmer und Grossgrundbesitzer soll auf die Landbevölkerung in dem Kreis, in dem sich der Grundbesitz befindet, gleichmässig aufgeteilt werden.

Die ersten Arbeiten für eine Bodenreform wurden im Jahre 1935 in Angriff genommen. Im Jahre 1937 wurde auf Ersuchen der türkischen Delegation beim International Labour Office der Plan einer Bodenreform ausgearbeitet. Die Vorbereitung dieses Plans nahm fast zehn Jahre in Anspruch und wurde erst am 11. Juni 1945 vom Parlament als Gesetz verabschiedet. Jedoch wurde bereits nach kurzer Zeit die Ausführung des Plans unterbrochen.

Inzwischen sind über 20 Jahre seit dem ersten Versuch, eine Landreform vorzubereiten, vergangen, ohne dass heute konkrete Konzeptionen für eine Bodenreform vorhanden wären. [1)]

Wie bereits erwähnt, arbeiten 70% der Bevölkerung in der Landwirtschaft. In diesem Sektor werden jedoch nur 44% des Sozialprodukts erzielt. Die schlechte Verteilung des Bodens wird durch die Einkommen demonstriert, die in der Landwirtschaft entstehen. Im Jahre 1952 ergab sich folgendes Bild:

Nach einer Berechnung des früheren Planungsrates Torun entfielen 52% der Einkommen in der Landwirtschaft auf 10% der insgesamt in diesem Sektor Tätigen. Die restlichen 90% der landwirtschaftlichen Arbeiter verdienten dagegen nur 48% sämtlicher Einkommen in der Landwirtschaft!

Wie wir wissen, müssen sich, um einen raschen Wachstumsprozess in den unterentwickelten Ländern zu erreichen, landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bereich gegenseitig fördern. Die Landwirtschaft sollte die inländischen Industrie-Investitionen durch Finanzierungen unterstützen.

In der Türkei liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt: die Arbeiter im Bereich des Handels und der Industrie mussten jahrelang, wie übrigens heute noch, die Landwirtschaft durch Steuern unterstützen. Ebenfalls nach der Berechnung Toruns hätten nach dem bisherigen Steuersystem die 10% der Grossgrundbesitzer über 4 Mrd. Türk.Pfund an Steuern abgeben müssen (Osman Torun, Bodenreform und Besteuerung der Landwirtschaft, 5.2.1963, Milliyet).

Die ersten Bemühungen, die Landwirtschaft zu besteuern, begannen in der Türkei im Jahre 1963. Aus der Gesetzesvorlage

---

1) vgl. Torun Osman Nuri: "Die Bodenreform und die Besteuerung der Landwirtschaft", hrsg. Nationale Zeitung, 5.2.63, S. 2, Istanbul.

ging hervor, dass man vom gesamten landwirtschaftlichen Sektor in der Rechnungsperiode nur 100 Mill. Türk.Pfund an Steuern erheben wollte. Dennoch wurde diese Vorlage im Parlament sehr heftig von den Grossgrundbesitzern kritisiert mit der Begründung, dass dieser Betrag für die Landwirtschaft untragbar sei.

b) Notwendigkeit einer Bodenreform und ihre Ziele.

Die Notwendigkeit und die Unentbehrlichkeit der Landreform zeigt sich ganz deutlich in unserem obigen Beispiel. Dazu kommen noch die unproduktive Verwendung des Bodens durch die Grossgrundbesitzer und der Missbrauch von Krediten, der von dieser Seite aus betrieben wird. Die Kredite, die man für die Landwirtschaft ausgibt, wurden nämlich für andere Zwecke (z.B. für Luxusbauten, für den Handel usw.) ausgegeben. Dadurch konnte die erwartete Produktivität und Entwicklung in der Landwirtschaft nicht erzielt werden. Im Gegensatz zu den Grossgrundbesitzern haben die Kleinbauern dagegen nur geringe Chancen, ebenfalls Kredite zu erhalten. [2)]

Eine Landreform in der Türkei sollte folgende Ziele anstreben:

(1) die Aenderung der Agrarverfassung,

(2) die Umverteilung des Bodens,

(3) die Verbesserung des Kreditsystems,

(4) die Verbesserung des Genossenschaftswesens,

(5) die Konsolidierung der bestehenden Verpflichtungen der Bauern,

(6) die Aufklärung der Bauern über die modernen Bebauungs- und Wirtschaftsmethoden,

(7) die Errichtung von Informations- und Bildungszentren in den Dörfern,

(8) der Uebergang von der Tauschwirtschaft zur Geldwirtschaft muss gefördert werden.

---

2) vgl. Torun, a.a.O.

ad (1) Zur Aenderung der Agrarverfassung wäre in erster Linie eine Neuordnung des Bodenrechts erforderlich. [3] Die wirtschaftlichen Machtstellungen müssten ebenso wie ererbte Vorrechte auf dem Lande beseitigt werden. Dies würde - nach erfolgter Bodenreform - eine erneute Konzentration des Bodens bei einigen Grossgrundbesitzern verhindern.

ad (2) Die Umverteilung des Bodens würde die soziale Ungerechtigkeit, die insbesondere in diesem Sektor herrscht, beseitigen. Ausserdem würde dadurch die Möglichkeit geschaffen, den Boden besser und produktiver zu bewirtschaften.

> "Small-scale farming, however, may be more efficent than large-scale agriculture under certain conditions. Small farmers cultivate the land more intensively than large farmers, and this may yield a higher output per acre than on the large farm." 4)

Auch Lewis weist auf diesen Tatbestand hin.

> "But ther are also many other cases where product per acre is higher on the small farms, mainly because the small farmer, having a small area to handle, cultivates it more intensively." 5)

Ausserdem würde die Neuverteilung des Bodens in diesem Sektor überschüssige Arbeitskrafte in einem gewissen Masse absorbieren. Da die kleinen Betriebe intensiver bewirtschaftet werden als die grossen, steigt hier die Produktivität pro ha an. Das bedeutet aber auch eine vermehrte Einsetzung von manueller Arbeit, was eine zusätzliche Beschäftigung von bisher überschüssigen Arbeitskräften ermöglicht. Man könnte unter Umständen auf diesem Weg eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben, wenn etwa die Umverteilung von anderen Massnahmen wie die Entfaltung

---

3) vgl. Hofmann: "Bodenreform in den unterentwickelten Ländern" in: Offene Welt (Zeitschr. f. Wirtschaftspolitik und Gesellsch., No. 75, Köln und Opladen 1962, S. 373.

4) vgl. Baldwin Meier: Economic Development theory, history, policy. London 1957, S. 379.

5) vgl. Arthur Lewis: The theory of Economic Growth, London 1959, S. 133.

des sekundären und tertiären Sektors ergänzt werden würde. Die Entfaltung dieser beiden Sektoren im gewünschten Umfang würde die laufend wachsende Landbevölkerung auf lange Sicht absorbieren können. Es würde sich dann eine wirtschaftliche Entwicklung gleichmässig in allen Sektoren vollziehen.

ad (3) Wie wir schon erwähnt haben, müssen die Kredite allen Bauern zugänglich gemacht werden, wobei auf eine strenge Ueberwachung über eine zweckmässige Verwendung besonders zu achten ist. Dieses Programm könnte von landwirtschaftlichen Banken und von Genossenschaften durchgeführt werden.

ad (4) Eine umfassende Stellungnahme zur Reform des Genossenschaftswesens ist wegen der vielfältigen Problematik dieses Gegenstandes nicht möglich. Ein einziger, sehr wesentlicher Punkt soll jedoch hier genannt werden: die Organisation der Genossenschaften muss unabhängig sein, dennoch aber unter strenge Aufsicht des Staates gestellt werden. Diese Aufsicht des Staates ist zur Verhütung von Missbrauch der starken Machtstellung, sowie zur Ueberprüfung des genossenschaftlichen Finanzgebarens erforderlich.

ad (5) Die Konsolidierung der bestehenden Verpflichtungen der Bauern würde den Weg zu neuen produktiveren und intensiveren Arbeiten ebnen. - Die Verschuldung der Bauern ist im Augenblick ausserordentlich hoch. Ihre wirtschaftliche Initiative ist durch diesen Missstand sehr gedämpft. Eine Schuldbefreiung würde also sicherlich im Interesse der Bauern liegen, die Weiterentwicklung beschleunigen und der Landbevölkerung zu grösserem Unternehmungsgeist verhelfen.

ad (6), ad (7) Die Aufklärung der Landbevölkerung über die neuere Entwicklung der landwirtschaftlichen Techniken würde sicher ebenso wie eine Beseitigung des noch immer verbreiteten Anaphabetentums einen erheblichen Fortschritt bringen. Hier ergeben sich Möglichkeiten der Wissensvermittlung durch Einrich-

tung von Bibliotheken und Informationszentren, durch Filmvorführungen und Vorträge. Diese Arbeit wird auf lange Sicht ebenso notwendig wie erfolgreich sein.

ad (8) In der Landwirtschaft ist in vielen Gegenden, vor allem dort, wo der Grossgrundbesitz sehr verbreitet ist, noch die Auszahlung der Entlohnung in Waren üblich. Als Folge davon hat sich hier die Geldwirtschaft kaum durchgesetzt. Die Umverteilung des Bodens würde also wahrscheinlich die Geldwirtschaft fördern, da die Bauern die produzierten Waren selbst verkaufen müssten und sich dabei nicht mehr wie bisher mit einem Entgelt in Naturalien zufrieden geben werden. Der Vertrieb der Produkte über die Genossenschaften wird auch seinerseits der Geldwirtschaft zum Durchbruch verhelfen.

Hier muss noch einmal betont werden, dass eine Bodenreform erst dann Sinn haben kann, wenn andere Massnahmen ergänzend zu dieser hinzutreten. Die Entwicklungsprobleme können nicht allein mit Hilfe der Landreform gelöst werden. Die Impulse, die von einer solchen ausgehen, sind ausserdem nur dann nachhaltig und stellen einen Beitrag zum Wohlergehen des Ganzen dar, wenn in allen nicht-prosperierenden Wirtschaftsbereichen der Fortschritt vorangetrieben wird. Eine Landreform kann jedoch eine Atempause von kürzerer oder längerer Dauer schaffen mit dem Ziel, in der Zwischenzeit einen kumulativen Entwicklungsprozess in den übrigen Sektoren auszulösen und voranzutreiben. [6]

2. Steuerreform.

a) Einführung.

Ein Steuersystem sollte der distributiven Gerechtigkeit entsprechen und ausserdem so konstruiert sein, dass folgende Forderungen erfüllt werden können:

---

6) vgl. Hofmann, a.a.O., S. 369.

"Maximization of government revenue for financing economic development projects, and stepping up the rate of economic growth in the private sector." 7)

Das Steuersystem eines unterentwickelten Landes sollte die Sparneigung der Bevölkerung erhöhen oder zumindest nicht verringern; die privaten Investitionen dürfen ausserdem nicht negativ beeinflusst werden. Unter diesen Voraussetzungen wird im folgenden Abschnitt versucht, das geeignete Steuersystem zur Diskussion zu stellen und seine Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft herauszuarbeiten.

b) Das progressive Steuersystem.

Dieses System wurde im 19. Jahrhundert in der finanzwissenschaftlichen Literatur heftig wegen der negativen Wirkung auf das Sparen und auf die Investitionen infolge der zu verzeichnenden Einkommensverteilung kritisiert. Wenn ein Zwangssparen nicht stattfinden soll (wenn ex ante gesehen I = S), dann bedeutet eine Verminderung der Sparquote auch eine Reduktion der Investitionen.

Gemäss Duesenberrys Theorie der Konsumfunktion soll eine Zunahme der Einkommen in den Händen der armen Bevölkerung, die bisher an der Grenze des Existenzminimums lebte, zu einer Zunahme des Konsums führen. Dies würde bedeuten, dass es nur wenig Möglichkeit des Sparens gibt, wenn das Einkommen durch Umverteilung in diesen Schichten zunimmt.

Durch den Demonstrationseffekt im Sinne Duesenberrys würde diese Schicht veranlasst, ihr vermehrtes Einkommen wieder auszugeben. Wir müssen die These Duesenberrys im Hinblick auf den speziellen Charakter der unterentwickelten Länder untersuchen. In der Türkei etwa zeigt die Einkommenspyramide grosse Unterschiede auf. Diejenigen mit höherem Einkommen machen einen sehr

---

7) Vito Tanzi u. Aschheim, J.: Saving, Investment, and Taxation in Underdeveloped Countries, in: Kyklos (Internationale Zeitschr. f. Sozialwissensch.), Vol. XVIII, Fasc. 2, Basel 1965, S. 205 (im folgenden zitiert als "Kyklos").

viel geringeren Prozentsatz aus. Mangels statistischen Materials müssen wir mit einer partiellen Analyse die Situation etwas genauer darlegen:

In der Landwirtschaft fliessen z.B. 52% der hier entstehenden Einkommen 10% der Beschäftigten zu, die restlichen 48% dagegen werden auf 90% der in der Landwirtschaft Tätigen aufgeteilt. [8] Im Handel und in der Industrie dürfte es nicht besser aussehen, da diese in den Händen weniger Unternehmen liegen.

Die ausserordentlich hohen Einkommen einer kleinen Schicht ermöglichen dieser jeden Luxus. Ihre Mitglieder können ins Ausland reisen und die dortigen Gewohnheiten kennenlernen. Was sie im Ausland gesehen und erlebt haben, pflegen sie in ihrer Heimat nachzuahmen. Daher sind ihre Konsumgüter überwiegend Importwaren. Mit ihnen verkehrende Inländer erhalten Anregungen im Sinne des Duesenberry'schen Demonstrationseffektes und wünschen ebenfalls den Import der ausländischen Luxusgüter. [9]

Der Demonstrationseffekt, der sich hier zeigt, wird jedoch oft falsch verstanden:

> "Thus, his drive toward higher consumption will depend greatly upon the increase in consumption by those with whom he is in close contact." 10)

Wie aus diesem Zitat hervorgeht, findet die Demonstration im Sinne Duesenberrys nur innerhalb geschlossener Schichten statt, sodass andere Bevölkerungsgruppen davon unberührt bleiben.

Die Duesenberry'sche Theorie ist also insofern nicht ganz exakt, als, wie sich auch empirisch nachweisen lässt, diejenigen Leute sehr viel mehr sparen, die von Haus aus arm sind.

---

8) vgl. Milliyet (Nationale Zeitung) Jahrg.1963, Istanbul,5.2.63.

9) vgl. Nurkse, R.: Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1953, S. 118.

vgl. Cosciane, C.: Progressive Taxation in Underdeveloped Countries, in: Banca Nazionale de Lavoro, Quarterly Review, Rom, Dez. 1960.

10) Tanzi, V. u. Aschheim, J.: a.a.O. S. 216 in "Kyklos".

Meine langjährigen Beobachtungen bei den türkischen Arbeitern, die in Deutschland und in der Schweiz beschäftigt sind, haben das Ergebnis gebracht, dass der Demonstrationseffekt, welcher theoretisch sehr gut begründet ist, in der Praxis kaum vertreten zu sein scheint.

Obwohl die Gastarbeiter in Westeuropa in einer Gesellschaft leben, die einen sehr viel höheren Lebensstandard hat als die Bewohner ihres Heimatlandes, wirkt der Effekt gerade umgekehrt: jeder ist bestrebt, seine Ersparnisse möglichst zu erhöhen, um sich später zu ermöglichen, in dem Beruf, in dem er arbeitet, in der Heimat eine kleine Werkstatt zu errichten. Um dieser Realität Rechnung zu tragen, sollte die These Duesenberrys vom Demonstrationseffekt durch Parameter verbessert werden, welche den differenzierten Verhaltensweisen der verschiedenen Bevölkerungsschichten Rechnung tragen. Ausserdem sollten die Konsumgewohnheiten eines Volkes, welche durch Tradition und Religion beeinflusst werden, berücksichtigt werden. Ein Beispiel aus der Türkei mag dies illustrieren: Der Bauer kauft, wenn er die Ernte günstig veräussert hat, Gold ein. Er gibt sehr wenig für seine sozialen Bedürfnisse aus; für ihn ist es wichtiger, zu Hause mehr Gold zu haben als bessere Möbel oder sonstige Einrichtungen. Man kann diesen Vorgang sehr gut an den steigenden Goldpreisen nach der Erntezeit an den Börsen beobachten. Diese Tradition kann leider nicht von heute auf morgen geändert werden. Es müssen Generationen vergehen, ehe man sie beeinflussen können wird. Das Sparen ist eine Gewohnheit, die - wohl weit weniger als bisher vermutet - von der Höhe des Einkommens abhängt.

Der Meinung von Vito Tanzi und J. Aschheim, dass ein progressives Steuersystem einen negativen Effekt auf die Investitionen infolge der Einkommensverteilung ausüben würde, kann daher nicht zugestimmt werden.

Ein progressives Steuersystem würde es dem Staat durch erhöhte Steuereinnahmen möglich machen, die begonnene Industria-

lisierung schneller zu verwirklichen. Negative Effekte des progressiven Steuersystems auf die privaten Investitionen können als nicht auf jeden Fall angenommen werden. Im Gegenteil scheint es, dass dieses System eine Umlenkung der privaten Investitionen vom unproduktiven Wohnungsbau - die privaten Investitionen (ca. 2/3 der Gesamtinvestitionen von 3,5 Mrd. Türk.Pfund) fliessen überwiegend in den Wohnungsbau - zu hochproduktiven Investitionen in der Industrie veranlassen könnte.

c) Die Besteuerung in der Industrie.

Im weiteren Verlauf soll auf die Besteuerung der industriellen Unternehmungen besonders eingegangen werden. Es gibt hier im wesentlichen zwei Möglichkeiten.

(1) Den grossen Industrieunternehmungen soll eine Sonderstellung gegeben werden, weil sie zur Entwicklung und zur Industrialisierung des Landes beitragen. Diese Unternehmungen sollen dadurch privilegiert werden, dass ihre Gewinne, welche sie wieder investieren, steuerfrei bleiben. Es sollen nur die ausgeschütteten Gewinne Objekt der Steuer sein. Damit wird die Fähigkeit zur Selbstfinanzierung erhöht. Dieser Faktor ist in den unterentwickelten Ländern sehr wichtig, weil in den meisten dieser Länder - wie auch in der Türkei - keine organisierten Kapitalmärkte existieren.
Eine völlige Nichtbesteuerung der Gewinne, wie Vito Tanzi und J. Aschheim vorschlagen,[11] würde den Realitäten nicht Rechnung tragen, weil dem Staat ein Anteil an den Gewinnen in irgendeiner Form zukommen soll, damit er seinen Aufgaben gerecht werden kann.

(2) Besteuerung der ausländischen Investitionen:
Die ausländischen Investitionen zeigen zwei verschiedene Charaktere:

---

11) vgl. Tanzi, V. und Aschheim J., a.a.O., S. 220, in "Kyklos".

(a) Investitionen, die für die Ausbeutung der Mineralschätze gemacht werden;
(b) Investitionen, die für die Herstellung einheimischer Konsumprodukte bestimmt sind.

Die beiden unterschiedlichen Arten der Investitionen verlangen auch eine unterschiedliche Beurteilung in Bezug auf die Besteuerung.

ad (a) Die Gewinne, die bei der Ausbeutung von Rohstoffquellen und deren Export entstehen, sollten besteuert werden. Beutet dagegen ein Unternehmen einen Rohstoff aus, wie etwa Chromerz oder sonstiges, bearbeitet ihn im Inland und exportiert einen Teil davon oder alles, so sollte er steuerfrei bleiben.

ad (b) Im zweiten Fall empfiehlt sich selbstverständlich, da die Produktion gleichzeitig zur Industrialisierung und zur Versorgung der Bevölkerung dient, eine Steuerbefreiung, wenn die Unternehmen die Gewinne reinvestieren. [12] Um den Anreiz der ausländischen Investitionen zu erhöhen, sollen auch die Transfermöglichkeiten der Gewinne gewährleistet werden, mittels einer Staatsgarantie. Hier könnten Bedingungen gestellt werden. Zum Beispiel könnte man die Unternehmungen zwingen, mindestens zwei Drittel des gesamten Gewinns im Land zu reinvestieren, damit die Zahlungsbilanz im Laufe der Jahre mit "invisible payments" nicht zu stark belastet wird. Diese Bedingungen könnten auch zunächst nur für eine bestimmte Periode vereinbart werden.

d) Die Besteuerung in der Landwirtschaft.

Besondere Bedeutung hat dieser Sektor, welcher bis 1963 steuerfrei war, obwohl er insgesamt 42%, d.h. 22 Mrd.Türk.Pfund, des Sozialproduktes ausmacht. Im Jahre 1963 wurde zum ersten Mal eine Besteuerung vorgenommen und brachte rund 30 Mill.Türk.Pfund

12) vgl. Tanzi, V. und Aschheim, J., a.a.O., S. 222, in "Kyklos".

ein. [13] Nach den Schatzungen Kaldors dürfte dieser Sektor jährlich, selbst wenn die Steuersätze in den verschiedenen Einkommensklassen 15% nicht überschreiten, was ja immer noch sehr niedrig wäre, über 1 Mrd. Türk-Pfund an Steuern einbringen. [14] Die realisierten Steuereinnahmen von 1963 stehen mit Kaldors Schätzungen in keinem Verhältnis. Die jahrelang privilegierte Landwirtschaft müsste unter bestimmten Bedingungen besteuert werden. Eine starke Besteuerung wäre gerade hier notwendig, weil die Grossgrundbesitzer ohne Rücksicht auf die Grösse ihres Besitzes nur einen Teil des Bodens jedes Jahr bearbeiten. Dies reicht vollkommen, um ihre Bedürfnisse zu decken. Der erhöhte Steuersatz würde die Grossgrundbesitzer zu intensiverer Bearbeitung des Bodens veranlassen. Damit würde zweierlei zugleich erreicht: einmal eine höhere Wachstumsrate und zum anderen höhere Steuereinnahmen.

e) Administrative Massnahmen.

Nach einem allgemein anerkannten Prinzip müssen die Steuereinnahmen mit möglichst wenigen Ausgaben eingeholt werden. Nach diesem Grundsatz müssten die zuständigen Stellen modern und sparsam reorganisiert werden. Die gegenwartige Situation lasst alle Erwartungen in dieser Richtung jedoch völlig unbefriedigt. Der alte administrative Apparat funktioniert nur sehr langsam, korrupt und undurchsichtig. Die Steuerzahler sind nicht genügend aufgeklärt; sie stehen manchmal tagelang vor dem Finanzamt, um einigermassen mit ihren Angelegenheiten fertig zu werden. Die ungeheure Zeitverschwendung bei den Finanzbehörden muss unbedingt beseitigt werden.

---

13) vgl. ohne Verf.: Turkey, hrsg.: Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD), Paris 1964, S. 33.

14) vgl. Milliyet (Nationale Zeitung), Jahrg. 1963, Istanbul, 5. Februar 1963.

Das System der Selbstveranlagung wird bisher von der Ueberprüfung der Erklärungen durch Experten ergänzt. Die Zahl dieser Kontrollen ist jedoch sehr gering, da ein qualifiziertes Beamtentum fehlt. Infolge der ungenügenden Zahl der Experten und zugleich deren mangelnder Einsatzbereitschaft ist es z.B. im Jahre 1962 nur gelungen, 5% aller Erklärungen nachzuprüfen.[15]) Wenn wir uns vorstellen, dass alle Steuerdelikte innerhalb von fünf Jahren verjähren, so wird daraus ersichtlich, dass der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet sind.

Zur Verbesserung der Situation wären wohl folgende Massnahmen angebracht:

(1) Eine intensive Kontrolle der Einkommens- und Körperschaftssteuerzahler,
(2) Verlängerung der Verjährungsfrist von 5 auf 15 Jahre,
(3) Zulassung von vereidigten Buch- und Steuerprüfern wie in England; dadurch würde die Arbeit der Steuerämter sehr erleichtert und eine bessere Kontrollmöglichkeit geschaffen,
(4) Vereinfachung der Bestimmungen, sowie des Verfahrens für Steuerschulden bzw. -delikte. [16])

---

15) vgl. Turkey, 1964, a.a.O., S. 33.
16) vgl. ebd., S. 33.

VI. Hauptteil

BESCHAEFTIGUNGSPOLITIK

1. Gegenwart.

Einer aktiven Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der Beseitigung der offenen oder versteckten Arbeitslosigkeit begegnen wir in der türkischen Wirtschaftspolitik nicht. Vielmehr sind lediglich wahltaktische (kurzfristige) Massnahmen zu finden. Die staatlichen Unternehmungen werden jeweils als Instrumente verwendet. Diese unselbständigen Staatsbetriebe müssen auf Weisung der jeweiligen Regierung Arbeitskräfte einstellen. Ob diese benötigt werden, ist hier nicht massgebend. Der Ueberschuss an Arbeitskräften in den Betrieben verringert selbstverständlich die Rentabilität und lässt ausserdem der Rationalisierung, die eine der wichtigsten Faktoren der Kostensenkung ist, keinen Spielraum. Dadurch entfallen Möglichkeiten zu neuen Investitionen, die weitere Arbeitsplätze beschaffen sollen. Das Fenlen der Kapitalakkumulation bei solchen Unternehmungen verschlechtert den Arbeitsmarkt umso mehr, als zusatzlich Arbeitslose und versteckte Arbeitslosigkeit entstehen. Die kurzfristige Wirtschaftpolitik der Regierungen nimmt die Möglichkeit, auf lange Sicht die Arbeitslosigkeit zu verringern oder gar zu beseitigen.

Weiter muss an den unzulässigen und veralteten Vorstellungen über die Handelspolitik Kritik geübt werden; die merkantilistische Politik des Staates wird bereits seit dem früheren Ottomanischen Reich durchgeführt und kam den ausländischen Grossmächten, die die Levantinen unterstützten, zugute. Die Levantinen beschäftigten sich ausschliesslich mit Handel, insbesondere mit Import. Der Staat war zu schwach, um gegen diese

privilegierte Gruppe vorgehen zu können oder geeignete Massnahmen zu ergreifen. Der gute Absatzmarkt der kapitalistischen Staaten sollte auf keinen Fall verloren gehen. Konzessionierte Auslandswaren durften im Inland unverzollt und sogar unter niedrigerer Besteuerung als einheimische Produkte verkauft werden. Diese Laissez-faire-Politik unter dem Druck der kapitalistischen Staaten konnte nicht die Voraussetzungen für eine Industrialisierung schaffen und deshalb auch die Arbeitslosigkeit weder beseitigen noch verringern.

Die gegenwärtige Situation sieht, wenn auch etwas verändert, im Endergebnis ähnlich aus. Man sollte wünschen, dass sich die levantinischen Minoritäten, die tatsächlich eine Begabung zum Handel haben, auch der Industrialisierung des Landes annehmen. Sie würden durch ihren Beitrag gerade im Bereich der Industrie grossen Erfolg haben.

Die gegenwärtige Beschäftigungsstruktur geht aus der folgenden Tabelle hervor:

Tabelle 1 [1]

Aufteilung der arbeitenden Bevölkerung auf die einzelnen Sektoren 1961

Sektor	arbeitende Bevölkerung (in Tausend)
Landwirtschaft	9.800
Industrie	1.180
Dienstleistungen	1.157
Zusammen	12.137

Die aktive Bevölkerung im sekundären Sektor gliedert sich wie folgt:

1) vgl. ohne Verf.: First Five Year Development Plan 1963-1967, hrsg.: Turkish Republic, Prime Ministry, State Planning Organization Ankara, 1963, S. 419.
(imfolgenden zitiert als "Development Plan".

T a b e l l e 2 [2]

Arbeitende Bevölkerung im Industriesektor 1961

Sektor	arbeitende Bevölkerung (in Tausend)
Bergbau	70
Industriebetriebe	850
Bauwesen	260
Total	1.180

Die saisonalen Schwankungen der Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Landwirtschaft, sind sehr gross. Es bestehen erhebliche Differenzen, die sich aus der folgenden Tabelle ersehen lassen:

T a b e l l e 3 [3]

Verteilung der unbeschäftigten Bevölkerung in der Landwirtschaft in den Monaten des höchsten und niedrigsten Beschäftigungsstandes

Jahr	Juli (in Tausend)	Januar
1955	400	7.400
1960	800	8.300

Anders als in der Industrie ist die saisonal bedingte Arbeitslosigkeit im Baugewerbe der in der Landwirtschaft ähnlich, weil durch die ungenügende materielle Ausrüstung die Bauunternehmungen schon Mitte Dezember ihre Arbeitstätigkeit einstellen, sodass die Arbeitslosenquote sich während der Wintermonate erheblich erhöht.

Nach Schätzungen beläuft sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf ca. 5 Millionen; davon entfallen an Nichtbeschäftig-

2) vgl. "Development Plan", S. 419.

3) vgl. ebd. S. 420.

ten sowie an versteckten Arbeitslosen auf die Landwirtschaft 3,5 Millionen,[4] der Rest auf die anderen Wirtschaftsbereiche.

2. Zukunftserwartungen.

Die Zukunftserwartungen auf dem Arbeitsmarkt geben keinen Anlass zu Hoffnungen auf eine auch nur teilweise Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Zur weiteren Illustrierung der Situation sei hier der Report der OECD (Organization Economic Co-Operation and Development) vom Mai 1963 zitiert:

> "Given the substantial degree of hidden unemployment in agriculture, the increase of output would not require any additional labour. Indeed, agriculture will remine a reservoir of unused labour, and the tendency to migrate to the towns, even if there are only remate chances of finding a job there, will become stronger as time goes on. Thus assuming that agricultural population is stabilized at its present level (around 11.000 Mill.) it would be necessary to create every year 400.000 new jobs to take care of the increase in the active population. This would be roughly equivalent to a 14 per cent annual rate of growth in non-agriculture. In comparison, non-agricultural employment in the 1950 increased in the average by 100.000 persons per annum. (i.e. a compound rate of 5,3 per cent). To exceed by any substantial margin this past performance, a considerable increase in industrial and other investment would be necessary." 5)

Zu diesen "optimistischen" Schätzungen der OECD müssen auch diejenigen Arbeitskräfte zugezählt werden, die durch die Modernisierung und Rationalisierung in der Landwirtschaft und Industrie freigesetzt werden. Es müssten also jährlich 800.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden, um neben der durch das

---

4) vgl. ohne Verf.: Planlama (Planung) Ankara 1962, S. 19

5) vgl. ohne Verf.: Turkey, hrsg.: Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD), Paris, 1963.

Bevölkerungswachstum auch die durch die oben genannte Modernisierung und Rationalisierung entstandene Arbeitslosigkeit auffangen zu können.

Die nachstehende Tabelle gibt eine Prognose des Planungskomitees über die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur von 1962 bis 1977 wieder:

Tabelle 4 [6]

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1970	1977
(1)+	15,7	16,1	16,5	16,9	17,5	18,0	20,9	24,2
(2)++	14,2	14,4	14,7	15,0	15,3	15,7	17,6	19,9
(3)+++	12,7	13,1	13,5	13,9	14,4	14,8	16,8	19,9
(4)++++	1,5	1,3	1,2	1,1	0,9	0,9	0,8	0,7

\+ 15-64 age group
++ labour supply
+++ total volume of employment to be created
++++ unemployment

Diese Tabelle gibt zu Bedenken Anlass und die Bearbeiter des Plans sind nicht weniger pessimistisch, wenn sie sich folgendermassen äussern:

> "As will be seen from examination of the table, however, the employment to be created in industry and service by a 7 per cent growth rate will not be sufficient to assure the desired distribution of manpower among the sectors. It must be realized, therefore, that unless special measures are taken, unemployment in agriculture will continue." 7)

---

6) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 429.

"The labour force supply is calculated according to the estimated number of working people in the 15-64 age group. Students, soldiers, the sick and infirm, prison immates, and housewives who do not work are excluded from these estimates."

7) vgl. Development Plan, a.a.O., S. 429

3. Kritik.

Der Entwicklungsplan, der der Wirtschaftspolitik der Regierung zur Orientierung dient, müsste auch Ansätze und Vorschläge zu konkreten Massnahmen vorsehen. Bezüglich der Beschäftigungspolitik wird, wie die zitierte Stelle des Plans zeigt, zwar die Notwendigkeit spezieller Massnahmen erkannt; eine Konkretisierung dieser Gedanken in irgendwelchen Vorschlägen zur Besserung der Situation fehlt jedoch völlig - sowohl kurz- als auch langfristig.

Das für die hoch industrialisierten Länder operable Harrod-Domar'sche Wachstumsmodell [8] bietet keine Grundlage für unterentwickelte Länder, da es keine Entwicklungsmöglichkeiten zu geben vermag. Die Vernachlässigung der überschüssigen Arbeitskräfte in diesem Modell nimmt ihm die Fähigkeit, ein anwendbares Wachstumsmodell für unterentwickelte Länder zu sein.

Um diese These zu bekräftigen, lehnen wir uns an die Feststellungen von Professor Bombach und Fritsch an:

Paradoxerweise haben sich die aus dem gesamtwirtschaftlichen Modell des stationären Gleichgewichts ableitbaren ökonomischen Faustregeln in den Entwicklungsländern besser bewährt als das in der Entwicklungspolitik häufig verwendete Harrod-Domar' sche Grundmodell einer wachsenden Wirtschaft, in welchem sich die Wachstumsrate des Sozialprodukts proportional zur Investitionsquote verhält. [9]

Worauf wir hier eigentlich besonderes Gewicht legen, ist, kurz interpretiert, Wachstum und Beseitigung der Arbeitslosen in absehbarer Zeit. Nach unserer Ansicht müssten die Entwick-

---

8) Der türkische Entwicklungsplan wurde unter Vorsitz von Prof. Tinbergen auf diesem Wachstumsmodell nach Harrod-Domar aufgebaut.

9) vgl. Bruno Fritsch: "Die ökonomische Theorie als Instrument der Entwicklungspolitik" in "Kyklos", Int. Zeitschr. f. Sozialwissensch., Vo. XVIII, 1965, Fasc. 2, Basel, S.260.

lungsländer hier einen Ausweg suchen, anderenfalls würde ein rascheres Wachstum ohne Berücksichtigung der Arbeitslosen nur soziale Unruhen hervorrufen.

Wir sehen, dass eine rationale Investitionspolitik im erwähnten Sinne den einzigen Ausweg darstellt. Die heutigen Entwicklungsländer haben geringe Chancen, wettbewerbsfähige Techniken, die ihren speziellen Kombinationen von Arbeitskräften, Kapital und technisch-wirtschaftlichem Wissen entsprechen,selbst zu entwickeln. Sie kommen nicht darum herum, die bestehenden Techniken zu übernehmen.

Der Ruf nach sogenannten alternativen Techniken, nach arbeitsintensiven und zugleich weniger Ausbildung erfordernden Techniken geht am Kernproblem der Entwicklungsländer vorbei. Diese sind gerade deshalb rückständig, weil sie nicht in der Lage sind, adäquate Techniken,die über das Handwerk hinausgehen, zu entwickeln.

Ein produktiverer Einsatz der ungeschulten Arbeitskräfte ist unbedingt notwendig. Die Bemühungen sollten sich dabei weniger auf die Wahl "alternativer Techniken" als vielmehr auf die Wahl "alternativer Produkte" konzentrieren. Der internationale Erfolg der japanischen Industrie auf dem Gebiet der Feinmechanik, Optik und Fototechnik, also in Produktionszweigen, welche auch in hoch industrialisierten Ländern viele Arbeitskräfte beschäftigen, zeigt den wirtschaftlich vernünftigen Weg.

Mit der Entscheidung z.B. zum Bau einer Zuckerfabrik ist zugleich der Beschäftigungseffekt des Prozesses weitgehend festgelegt, nämlich so, wie er von der Investitionsgüterindustrie der hochentwickelten Länder üblicherweise geplant wird: dem Auftraggeber bleibt bei solchen importierten Anlagen kaum mehr Spielraum, als die vor- bzw. nachgelagerten Arbeiten (etwa Antransport des Zuckerrohres mit Lastwagen, Verpackung sowie

das innerbetriebliche Transportwesen usw.) zu lassen.

Am Anfang steht die Frage, was produziert werden soll; daraus ergibt sich nahezu zwingend die Kombination von Kapital und Arbeit.[10] Das Kernproblem der Beschäftigung liegt also zweifelsohne in den erwähnten Ansätzen. Wenn wir das Regierungsprogramm von 1963 studieren, so sehen wir, dass dieses Programm der Beschäftigungspolitik nicht Rechnung trägt, nämlich es wird im Programm ausdrücklich betont, dass die Türkei künftig überwiegend auf die Montage-Industrie übergehen wird. Damit sehen wir keine Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in der Türkei mit der gegenwärtigen Politik zu beseitigen.

---

10) vgl. Dr. Dieter Weiss: "Die Stellung der Technik in der Entwicklungspolitik" in: Verein der deutschen Ingenieure Nachrichten (V.D.J.) Nr. 5, S.9, 3. Februar 1965.

VII. Hauptteil

DIE PROBLEMATIK DER ZAHLUNGSBILANZ

1. Die zeitliche Entwicklung der Zahlungsbilanz von 1945 bis zur Gegenwart.

Nachdem der zweite Weltkrieg und die durch ihn hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu Ende gegangen waren, veränderte sich in der Türkei auch die politische Struktur: nach 23 Jahren der Diktatur versuchte man die demokratische Staatsform einzuführen, ohne aber die Konsequenzen, die sich ergeben würden, vorauszusehen. Nach den freien Wahlen im Jahre 1950 übernahm die neugegründete Demokratische Partei die Regierungsgeschäfte. Der schnelle Wechsel der Machtverhältnisse hatte der Demokratischen Partei keine Möglichkeit gegeben, eine Grundkonzeption für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auszuarbeiten. Ohne wirtschaftspolitische Konzeption begann die neue Regierung ihre Politik. Die Fehlinvestitionen und die Fehlentscheidungen, insbesondere im Aussenhandel, brachten das Land in eine Wirtschaftskrise, die sich in der Zahlungsbilanz besonders bemerkbar gemacht hat.

Die Liberalisierung des Aussenhandels im Jahre 1952 brachte für eine kurze Periode eine Fülle von Waren in das Land, die zur Hebung des Lebensstandards verhalfen. Bis dahin konnte man in der Türkei weder Kühlschränke und Waschmaschinen noch Bügeleisen und Staubsauger etc. kaufen. Auf der anderen Seite brachte die Liberalisierung die einheimische Industrie fast völlig zum Stillstand. Es begann nun eine starke Kapitalfluktuation vom Industriesektor zum Handel.

Um die Verhältnisse ersichtlich zu machen, sei nachstehende Tabelle aufgeführt:

T a b e l l e 1 [1]

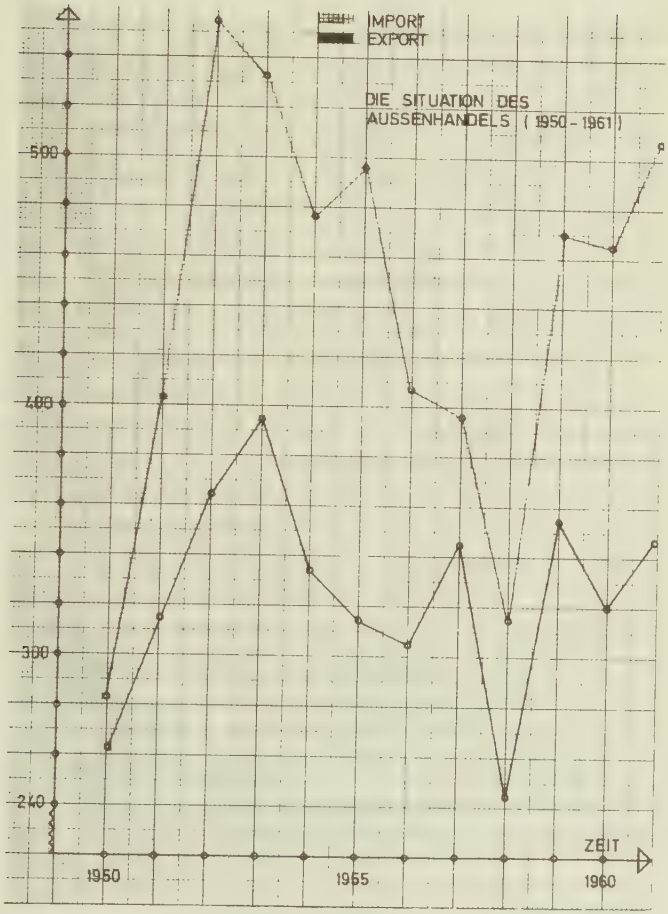
Die Situation des Aussenhandels von 1950 bis 1961

Jahr	Import	Export (in Mill. Dollar)	Defizit
1950	285,7	263,4	22,3
1951	402,1	314,1	88,0
1952	555,9	362,9	193,0
1953	532,5	396,1	136,4
1954	478,4	334,9	143,5
1955	497,6	313,3	184,3
1956	407,3	305,0	102,3
1957	397,1	345,2	51,9
1958	315,1	247,3	67,8
1959	470,0	353,8	116,2
1960	468,2	320,7	147,5
1961	509,5	346,7	162,8

1) vgl. ohne Verf.: First Five Year Development Plan 1963-1967, hrsg.: Turkish Republic, Prime Ministry, State Planning Organization Ankara, 1963, S. 21.
(im folgenden zitiert als "Development Plan")

Graphische Darstellung der

T a b e l l e 1



Vom Jahre 1950 ausgehend - in dem bereits ein Handelsdefizit von 22,3 Mill. $ vorhanden war - ist eine stetige Erhöhung des Imports bis zum Höchststand im Jahre 1952 zu verzeichnen. Allein von 1950 bis 1951 stieg der Import um etwas über 40%. Zwar zeigte auch der Export eine steigende Tendenz, jedoch war ein Ausgleich der Bilanz ferner denn je zuvor. Das Defizit erreichte im Jahre 1952 mit 193 Mill. $ seinen Höchststand. Die innere und äussere Stabilität [2] konnte in den Jahren 1950 bis 1952 nur durch ausländische Hilfen ermöglicht werden.

Die Anpassung an den neuen Kurs der freien Markwirtschaft erfolgte nicht mutatis mutandis. Die Expansion der früheren Jahre brachte nur eine beschleunigte Inflation mit sich, die später mit einer Entwertung des türkischen Liras endete.

Die chronisch und stark zu Defiziten neigende Zahlungsbilanz veranlasste die Regierung, zur Devisenbewirtschaftung zurückzukehren. Diese Rückkehr von einer liberalen Aussenwirtschaft zu einer Devisenbewirtschaftung beeinflusste immer mehr die innere Wirtschaftspolitik. Ueberall entstanden Engpässe. Die Roh- und Ersatzmaterialversorgung der türkischen Industrie, die ja stark vom Ausland abhängig war, funktionierte nicht mehr. Die Knappheit der Devisen zwang die Regierung, durch bilaterale Clearingabkommen die Wirtschaft vor einer totalen Katastrophe zu retten. Diese Abkommen, die überwiegend mit den Ostblockländern abgeschlossen wurden, beeinflussten die inländischen Preise so sehr, dass die Türkei für alle Exporte ohne Ausnahme Subventionen gewähren musste. Die schlechte Handhabung der Subventionen trieb die Preise noch höher, sodass sie sich völlig von den Weltmarktpreisen entfernten (siehe Tabelle 2).

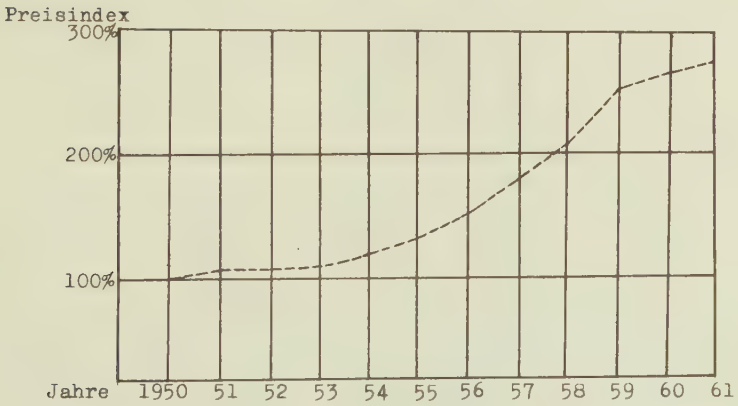
---

2) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 21

T a b e l l e 2 [3]

Allgemeines Preisniveau (Basis 1950 = 100)

Jahr	Grosshandels-preisindex +)	Lebenshaltungsindex in Ankara ++)
1950	100	100
1951	107	103
1952	108	107
1953	110	110
1954	121	119
1955	131	141
1956	153	151
1957	181	174
1958	208	208
1959	250	258
1960	263	264
1961	271	264



3) vgl. "Development Plan", a.a.O., S. 19.

+) ermittelt vom Handelsministerium

++) unter der Kontrolle des Statistischen Amtes

Die Preiserhöhung war insbesondere vom Jahre 1954 an besonders stark. Die Grosshandelspreise haben sich kontinuierlich erhöht und im Jahre 1961 fast das Dreifache ihres Standes von 1950 erreicht. Beim Lebenshaltungsindex ist im wesentlichen eine parallele Entwicklung zu verzeichnen.

Die Liberalisierung von 1950 wurde am 22. September 1952 wieder aufgehoben und für den Import das Bewilligungsverfahren eingeführt. Am 1. September 1953 und am 25. Juli 1954 wurden die Aussenhandelsbestimmungen neu gefasst. Die von 1952 bis 1953 zu bemerkende Verringerung des Defizites erklärt sich aus einer günstigen Gestaltung des terms of trade, der Exportbemühungen, sowie einer energischen Einfuhrkontrolle (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3 [4]

Terms of Trade

Jahr	Einfuhr Preis pro Tonne (Türk. Pfund)	Ausfuhr	terms of trade
1950	537,6	749,2	139,29
1951	669,2	584,0	87,27
1952	731,4	416,9	57,01
1953	566,7	451,5	79,68
1954	510,6	435,2	85,12
1955	648,9	489,4	75,42

Einem im Wert 4%-igen Rückgang der Einfuhr stand eine Steigerung im Volumen von 23% gegenüber, während einer Erhöhung der Ausfuhr im Volumen von nur 0,5% eine Wertsteigerung von 9% entsprach. Diese Relation der Ein- und Ausfuhrpreise besserte sich

4) vgl. Werner Uhrenbacher: "Die Türkei", ein wirtschaftliches Handbuch, S. 37. Berlin 1959.

weiterhin im Jahre 1954, sodass eine wertmässige Verringerung der Einfuhr um 11% einer Kürzung im Einfuhrvolumen um 2% entsprach.

Die Ausfuhr allerdings ging im Wert um 16% zurück, im Volumen um 12%. Die Relation der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen hatte sich 1953 zwar gebessert, lag aber immer noch wesentlich unter den Werten der Nachkriegsjahre und dem günstigen Verhältnis von 1951, das erst 1954 annähernd wieder erreicht wurde. Im Jahre 1955 entwickelten sich die terms of trade wieder ungünstiger. Hierin spiegelt sich einmal die Entwicklung des Weltmarktpreisniveaus, zum anderen aber auch die Tatsache wieder, dass es der Türkei vielfach nicht gelang, die hohen Inlandspreise für landwirtschaftliche Produkte auf das Ausland abzuwälzen. Die Preispolitik der Clearingländer mit den beträchtlichen Preisaufschlägen für ihre Auslandsgüter sowie die Einberechnung des Risikos für den Türkeitransfers seitens der EZU-Länder, dürften neben der allgemeinen Preislage eine wesentliche Rolle gespielt haben. Dazu kommen die durch die unrealistische Kursrelation und die landwirtschaftliche Subventionspolitik geschaffene ungesunde Wirtschaftslage der Türkei und die sich daraus ergebenden ungünstigen Folgen.

Die Verschlechterung der Zahlungsbilanz setzte sich auch in den folgenden Jahren unverändert fort. Die starke Drosselung der Importe wirkte auf die Industrie und auf die Gesamtwirtschaft und legte das wirtschaftliche Leben lahm, da die ganze Investitionstätigkeit stark von den Importgütern abhängig war. Die Drosselung des Importes bewirkte aber eine Besserung der Handelsbilanz. Im Jahre 1956 betrug das Defizit 102,3 Mill. $, sank 1957 auf die Hälfte (51,9 Mill. $). 1958 wurde der zweitniedrigste Stand seit der Liberalisierung mit 67,8 Mill. $ erreicht, wobei gleichzeitig auch der Export zurückging. Währenddessen stiegen die Grosshandelspreise in der gesamten Periode stark an. 1955 standen sie auf 131 bei einer Basis 1950 = 100, im Jahre 1956 erfuhren sie eine Steigerung um 22 Punkte, erreichten im Jahre 1957 181 Punkte. Im Jahre 1958 folgte dann eine weitere Zunahme um 27 Punkte.

Am 8. August 1958 musste die damalige Regierung unter dem Druck des Auslandes das türkische Pfund abwerten. Die fälligen Auslandschulden mussten konsolidiert werden, um den normalen Zahlungsverkehr und den Warenaustausch einigermassen sicherzustellen. Seitdem bestand keine Korrelation zwischen dem offiziellen Kurs des Pfundes (türk. Lira) und dem freien Kurs.

Da das System nicht mehr existenzfähig war, musste es geändert werden. Nach einer harten Tagung in Paris am 8. August 1958 entwertete die türkische Regierung das Lira, um sich den Realwerten einigermassen zu nähern. Die Entwertung brachte anstatt bisher 1 $ = 2,80 Türk.Pfund einen Kurs von 1 $ = 9,00 Türk.Pfund. Ob diese Abwertung den Realitäten entsprach, muss bezweifelt werden, nachdem inzwischen bereits sieben Jahre vergangen sind. Der Kurs auf dem freien Markt liegt immer noch über dem offiziellen Kurs (1 $ = 11 Türk. Pfund). Die Abwertung des Pfundes wirkte sich im übrigen nur unwesentlich auf den Preisindex des Grosshandels aus, da die Preise im Inland bereits durch Preismanipulationen und durch die Inflation erhöht worden waren.

Eine Devisen- und Goldbestandsanalyse der Zentralbank kann hier leider nicht durchgeführt werden, weil die Veröffentlichung solcher Berichte der Zentralbank bis vor kurzem untersagt war.

Die Währungsmanipulationen mit massiver Unterstützung des Konsortiums der Auslandsstaaten ermöglichte der Türkei, wieder eine stabile Situation zu schaffen; zuerst wurden Massnahmen ergriffen, wie z.B. die Schaffung eines Importprogramms.

> "The first import programme set up a global import quotus open without discrimination to supplies in dollar or west-european currency areas. During the implimentation of the second import programme in 1959 a first step was taken towards a return to trade liberalisation when a number of spare parts and raw materials were put on a liberalised list .... As a result of these moves towards a more multilateral system of trade, the share in total import of the Soviet Union and other East European Countries, which had

expanded rapidly in an attempt to link export deals to imports through bilateral trade agreements, felt sharply from nearly one fifth in 1958 to less than 10 per cent in 1959 with a roughly equal decline in the share of exports." 5)

Die Liberalisierung hat sich im Laufe der Jahre auf die unsichtbare Transaktion, namlich die Auslandsreisen ausgedehnt. Nach den jetzigen Bestimmungen dürfen die türkischen Staatsangehörigen im Jahre nur einmal nach Erhalt von 200 Dollar (mit einem bestimmten Kurs) in das Ausland reisen.[6] Dieser Kurs steht heute bei 1 $ = 9 Türk. Pfund + 4,5 Türk. Pfund Sondergebühr für Auslandsreisen (1 $ also gleich 13,5 Türk. Pfund).

---

5) ohne Verf.: Turkey, hrsg.: Organization for European Economic Co-Operation (OECD), Paris, 1961.

6) Auslandsreisen waren bis zum Jahre 1960 wegen der Devisenbewirtschaftung nicht erlaubt.

Tabelle 4 [7]

Balance of Payments 1958-59-60

	In millions U.S.Dollars 1958	1959	1960
Regular imports	223	414	390
Imports of U.S.agricultural surpluses	42	27	35
Infrastructure & offshore imports	49	28	41
D.L.F.and Exim Bank imports	1	1	2
Total imports (c.i.f.)	315	470	468
Exports	247	354	321
Trade Balance	- 68	-116	-147
Invisibles (net)	- 40	- 42	- 15
Infrastructure and offshore	52	35	52
Current account	- 56	-123	-110
Private investment	13	11	24
United States aid	76	95	80
United States agricultural surpluses	42	27	35
Exim, D.L.F. and I.B.R.D.	4	1	2
Foreign exporters credits	45	28	30
E.M.A. credit	4	21	1
O.E.E.C. credit	21	52	-
I.M.F. credit	25	-	-
German credit	-	-	35
Total capital receipts	230	235	207
Public debts x)	- 26	- 41	- 32
Imports on credit payments x)	- 3	- 21	- 5
Consolidated debts x)	-	- 11	- 30
Banking credits x)	- 7	- 14	- 17
other debts x)	- 43	- 5	- 13
Total debt service	- 79 xx)	- 92 xx)	- 97 xx)
Capital balance	+151	+143	+110
Overall balance	+ 95	+ 20	-
Monetary reserves (- = increase)	- 34	- 3	- 51
Errors and ommissions	- 60	- 13	+ 51

x) Amortization plus interest payments.
xx) Including interest payments of $ 18 million in 1959 and $ 28 million in 1960.

7) "Turkey", 1961, a.a.O., S. 27.

Die Handelsbilanz zeigt im Jahre 1958 ein Defizit von 56 Mill. $. Diesen steht eine Kapitaleinfuhr von 230 Mill. $ gegenüber, die als Hilfe teilweise in einheimischer Währung zurückzuzahlen ist. Im Jahre 1959 hat sich das Defizit mehr als verdoppelt (123 Mill. $) bei einer Kapitaleinfuhr von 235 Mill.$. 1960 sank das Defizit auf 110 Mill. $.

Eine Sanierung der Zahlungsbilanz unter den gegebenen Voraussetzungen scheint unmöglich zu sein, einmal, weil die Exportindustrie in ihren Möglichkeiten sehr begrenzt ist (der Export dürfte sich eventuell in guten Erntezeiten leicht erhöhen), zum anderen sind die Importe sehr unelastisch, falls man die grossen Projekte [8] der Planperiode realisieren will. Eine Kürzung des Importes würde eine niedrigere Wachstumsrate bedeuten, was dann dem Ziel des Planes nicht entsprechen würde.

Tabelle 5 [9]

Balance of Payments Projections

	in millions of U.S. dollars 1961x)	1962xx)	1963	1965	1967
Imports (c.i.f.)	510	560	567	630	704
Exports (f.o.b.)	347	325	348	394	457
Trade balance	-163	-235	-219	-236	-247
Net invisibles balance	- 55	- 78	- 79	- 57	- 42
Infrastructure and offshore receipts	43	45	47	51	55
Balance on current transactions	-175	-268	-251	-242	-234
Amortization of external debt	- 84	- 87	-148	-164	- 76
Total requirements	-259	-355	-399	-406	-310
U.S.aid under P.L.480	..	..	60	60	50
Private capital inflow	24	25	25	25	25
Financing needs	..	..	314	321	235

x) Actual figures
xx) Original estimates

9) ohne Verf.: Turkey, hrsg.: Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD), S. 25, Paris, 1963.
im folgenden zitiert als "Turkey" 1963)

Eine Prognose, welche durch das Planungskomitee aufgestellt worden ist, weicht gründlich von den Realitäten ab: z.B. betrugen die Importe, die im Jahre 1963 mit 567 Mill. $ veranschlagt worden waren, in Wirklichkeit 678,6 Mill. $, also 120 Mill. $ mehr als geplant. [10)]

2. Massnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz.

Die langfristige Sanierung der Zahlungsbilanz erfordert unvermeidbar langfristige Massnahmen. Die zeitweise Konsolidierung der Auslandsschulden oder die Kapitalhilfen können nicht als Heilmittel aufgefasst werden. Der Import würde sich, falls die im Plan festgesetzte 7%-ige Wachstumsrate erzielt werden soll, zwangsläufig erhöhen. Eine Reduzierung der Importe würde aber die Entwicklung bremsen. Es ist nicht der Zweck einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz, diese auf Kosten der Entwicklung aufrecht zu erhalten. In einer gesunden Wirtschaft sollen sich Export sowie Import ständig vergrössern. Als Heilmittel dürften die untenstehenden Massnahmen für eine Sanierung der Zahlungsbilanz dienen:

(1) Förderung des Exportes,
(2) Förderung des Fremdenverkehrs,
(3) Förderung der Auslandsarbeit.

ad (1) Die Förderung des Exports könnte insbesondere durch eine rationelle Ausbeutung der Mineralien geschehen. Die Türkei besitzt ja einen an Mineralien reichhaltigen Boden.

Die traditionellen Exportgüter aus dem Bereich der Landwirtschaft können ihren Anteil kaum mehr wesentlich erhöhen. Dies haben die vielfachen Bemühungen schon deutlich gezeigt.

---

10) vgl. ohne Verf.: General Economic Conditions of Turkey in 1964, hrsg.: Economic Research Department, o.O., 1964, S. 19.

Der Bericht der OECD (Organization for Economic Co-Operation and Development) nimmt hierzu wie folgt Stellung:

> "But, second, the margin for increasing such exports is probably rather limited, because the elasticity of foreign demand for them is small. Thus, a durable improvement of the balance of payments depends essentially on the development of new export industries." 11)

ad (2) Hier sind nur ein paar Beispiele wie Bulgarien und Spanien zu erwähnen. In der sehr kurzen Zeit von drei Jahren konnte der Tourismus Spaniens beträchtliche Devisen einbringen. Die letzten Zahlen sind hier:

1963	500 Mill. $	
1964	900 Mill. $	12)

Es wäre sicherlich nicht schwierig, auch in der Türkei Fortschritte auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs zu machen. Die Beispiele anderer Länder in ähnlicher Lage und Situation sind recht ermutigend. Es eröffnet sich hier eine echte Gelegenheit, die wichtigen Devisen zu erlangen.

ad (3) Die türkischen Arbeitskräfte im Ausland (zurzeit laut Zeitungsberichten:

in Deutschland	120.000
in der Schweiz	8.000
in Belgien	10.000
in Holland	20.000
in Oesterreich	15.000)

haben im allgemeinen gute Verdienstmöglichkeiten und sind auch in der Lage, erhebliche Sparbeträge aufzubringen. Eine gute Organisation würde jährlich nach den Schätzungen des Finanzministers

---

11) "Turkey" 1963, a.a.O. S. 24.

12) vgl. Scharnow-Bericht in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, Juli 1965.

200 Mill. $ an Ersparnissen der Arbeiter sammeln können. Allerdings besteht im Augenblick noch die Schwierigkeit, die Arbeiter zu veranlassen, die gesparten Gelder in die Türkei zu schicken, um sie dort produktiven Zwecken dienstbar zu machen. Ein Fluss der Ersparnisse in das Heimatland würde die Zahlungsbilanz erheblich verbessern und die weitere Förderung der Entwicklung erleichtern.

Schlussbemerkung.

Im Verlauf der Arbeit musste leider gezeigt werden, dass die Türkei - trotz mancher guten Fortschritte auf einzelnen Gebieten - noch weit davon entfernt ist, in absehbarer Zeit auch nur in Annäherung die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Situation in vielen Bereichen ist zwar nicht hoffnungslos, aber doch sehr deprimierend. Die Schwierigkeiten, die sich bei immer neuen Versuchen der Entwicklungs-Beschleunigung gezeigt haben, geben Veranlassung zu der Ansicht, dass die Türkei nur durch straffe Führung und Planung seitens des Staates aus dem bisherigen circulus vitiosus wird ausbrechen können. Diese Ansicht, die von der genauen Kenntnis der Verhältnisse, der Gedankenwelt und der Mentalität des türkischen Volkes untermauert ist, trifft in den entwickelten Ländern des Westens auf vielfaches Unverständnis. Die dort praktizierte Wirtschaftspolitik, die sich am liberalen Gedankengut orientiert, kann jedoch für die Türkei kein Vorbild sein. Die Verhältnisse liegen so sehr verschieden, dass wohl auf die anfängliche Zuhilfenahme starker staatlicher Wirtschaftsführung nicht verzichtet werden kann - dies zugleich in der Hoffnung, dass irgendwann sich der Weg zu liberalen Haupttheorien öffnen wird.

B i b l i o g r a p h i e

Bhalla, A. S.: From Fel'dman to Mahalanobis in Economic Planning.
in: KYKLOS (Internat.Zeitschr. f. Sozialwissensch.) Vol.XVIII, Fasc.2, Basel 1965.

Bombach, G,: Auswirkungen des Bevölkerungswachstums in einer entwickelten Volkswirtschaft.
in: Das Wachstum der Weltbevölkerung. Zürich und Tübingen 1965.

Cosciane, C.: Progressive Taxation in underdeveloped Countries.
in: Banca Nazionale di Lavoro, Quarterly Review, Roma, Dec. 1960.

Demirel Süleyman: Rede vor der Industriekammer in Istanbul. Juli 1965.

Fel'dman, G.A.: On the Theory of Rates of Growth of National Income.
in: Planovoe Khoziastvo (The Planned Economy) No. 11, 1958

Fritsch, Bruno: Die oekonomische Theorie als Instrument der Entwicklungspolitik.
in: KYKLOS, Vol.XVIII, Fasc. 2, Basel 1965.

Higgins Benjamin: Economic Development, Problem, Principles and Policies.
New-York 1959.

Hofmann: Bodenreform in den unterentwickelten Ländern.
in: Offene Welt (Zeitschr.f. Wirtschaftspolitik und Gesellsch.) No. 75, Köln und Opladen 1962.

Kodamanoglu, M.Nuri: Das Schulwesen in der Türkei 1923-1960.
in: Ein Entwicklungsprojekt für die Türkei No. 14. Politische Fakultät der Universität (Türkiye'de Egitim) Ankara 1963.

Kristensen, Thorkil: Observer.
Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) No. 13, Dec. 1964.

Lewis, Arthur: The Theory of Economic Growth.
London 1959.

Meier, Baldwin: Economic Development, Theory, History, Policy. - London 1957.

Miller, Andreas: Das Bevölkerungsproblem in den unterentwickelten Ländern.
hrsg.: Sonderdruck aus "Schweiz.Zeitschr. für Volkswirtsch. und Statistik", 96.Jahrg. H. 2, Zürich 1960.

Nurkse, R.:	Problems of Capital Formation in underdeveloped Countries. Oxford 1953.
Oakes, Harvey:	The Soils of Turkey. F.A.O., Ankara 1954-1957.
Parnes, Herbert S.:	Besoins scolaires et développement économique. in: Organisation de coopération et de développement économique (OECD) Paris 1962.
Pewhurst Fred J., Coppock John O., Yates Lamartine P. and Ass.	First Five Year "Development Plan". hrsg.: Turkish Republic, Prime Ministry, State Planning Organization.
Prof. Sarc Omer Celal	Vorlesungen an der Universität Istanbul
	Die Tanzimat-Epoche und die türkische Industrie (Tanzimat ve Sanayiimiz, Tanzimat, cilt 1, Istanbul 1943).
Serin Necdet:	Die Industrialisierung der Türkei (Türkiye'nin Sanayilesmesi). Dissertation, Politische Fakultät Universität Ankara 1963.
Stanzi Vito und Aschheim, Joseph:	Saving, Investment and Taxation in underdeveloped Countries. KYKLOS, Vol. XVIII, Fasc. 2, 1965.
Prof. Dr. Tanoglu:	Revue de la faculté des sciences économiques de l'université d'Istanbul, Vol. 23, No. 3-4 (Istanbul) 1963.
Tökin, I.H.:	Der wirtschaftliche und soziale Aspekt der Türkei (Die Industrie in der Türkei in Zahlen dargestellt). Statistisches Institut Ankara 1946. (Iktisadi ve Ictimai Türkiye: Rakamlarla Türkiye'de Sanayi, Istatistik Genel Müdürlügü Yayini, Ankara 1946).
Torun Osman Nuri:	Die Bodenreform und die Besteuerung der Landwirtschaft (Toprak Reformu ve Tarimin Vergilendirilmesi). Nationale Zeitung Istanbul 5.2.1963 (Milliyet Gazetesi) Istanbul.
Türkay Orhan:	Die Bevölkerung der Türkei. in: Ein Entwicklungsprojekt für die Türkei No. 3 (Türkiye Nufusu) hrsg.: Politische Fakultät der Universität Ankara 1960.
Uhrenbacher, Werner:	Die Türkei. Ein wirtschaftliches Handbuch. Berlin 1959.

ohne Verfasser — Economic indicators of Turkey 1960-64. hrsg.: Türkische Arbeitsbank (Türkiye is Bankasi A.S.) Head Office, Economic Research Department Ankara 1965.

ohne Veffasser — First Five Year Development Plan 1963-1967. Turkish Republic, Prime Ministry, State Planning Organization, Ankara 1961.

ohne Verfasser — Turkey
Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) Paris 1963.

ohne Verfasser — Mediterrannean Development Pfoject. Turkey, Country Report, F.A.O., Roma 1959.

ohne Verfasser — United Nations, Statistical Yearbook New-York 1960.

ohne Verfasser — Erhebungen in der Landwirtschaft in 1952. Statistisches Institut, Ankara 1960 (Istatistik Instütüsü)

ohne Verfasser — National Income of Turkey 1948-1959. Republic of Turkey, Prime Ministry, Central Statistical Office, Publication No. 409, Ankara 1960.

onne Verfasser — Turkey
Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) Paris 1964.

ohne Verfasser — Planung (Planlama)
Ankara 1962.

ohne Verfasser — Turkey
Organization for European Economic Co-Operation (OECD) Paris 1961.

ohne Verfasser — General Economic Conditions of Turkey 1964 (Türkiye is Bankasi A.S.) Head Office, Economic Research Department 1964.

ohne Verfasser — Frankfurter Allgemeine, Juli 1965.

ohne Verfasser — Monatliches statistisches Heft No. 38, Statistisches Institut Ankara 1962.

Curriculum vitae

Am 19. Januar 1933 wurde ich, Ibrahim Yücer, als Sohn des Süleyman Yücer und seiner Ehefrau Saadet geb. Armagan in Mudanya/Türkei geboren. Dort besuchte ich fünf Jahre hindurch die Volksschule und drei Jahre das Gymnasium. Als mein Vater im Jahre 1950 starb, war ich genötigt, meine Ausbildung zu unterbrechen; erst im Schuljahr 1952/53 konnte ich sie an einem Handelslyzeum in Izmir fortsetzen. Im Jahre 1954/55 beendete ich den Besuch dieser Schule, und zum Wintersemester 1955/56 liess ich mich in derselben Stadt an der Wirtschafts-Hochschule (jetzt umbenannt in Wirtschafts-Fakultät) immatrikulieren. Hier erwarb ich im Jahre 1958 das Diplom eines Lizentiaten. Anschliessend arbeitete ich an der Industrie- und Handelskammer Izmir, bis ich im August 1959 nach Deutschland reiste, um zu promovieren. Nach Erlernen der Sprache erhielt ich im Juli 1960 eine Stelle im Finanzamt der Stadt Karlsruhe, wo ich bis 31. Dezember 1960 arbeitete. Im Juni 1961 ging ich in die Karlsruher Lebensversicherung über, bei der ich bis Januar 1962 in der Vermögensverwaltungs-Abteilung arbeitete. Während dieser Zeit liess ich mich - am 1. April 1962 - an der Technischen Hochschule Karlsruhe immatrikulieren und begann, bei Prof. Dr. Bruno Fritsch meine Dissertation auszuarbeiten. Als Prof. Fritsch nach Heidelberg berufen wurde, begab ich mich nach Basel und liess mich dort zum Sommersemester 1963 immatrikulieren. 1964 studierte ich ein Semester lang in England an der Universität zu Cambridge.

Im Wintersemester 1964/65 setzte ich mein Studium an der Universität Basel fort. Hier besuchte ich die Vorlesungen und Uebungen der Herren Professoren G. Bombach, E. Salin, J. Stohler, E. von Beckerath (Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik); H. Guth (Statistik), Max Weber (Finanzwissenschaft); H. Popitz (Soziologie); M. Imboden, K. Eichenberger (Verwaltungs- und öffentliches Recht); K. Spiro (Obligationenrecht).

Am 11. März 1966 bestand ich aufgrund der vorliegenden Dissertation die Prüfung zum Doktor der Staatswissenschaften an der Universität Basel.

./.

Während des Studiums in Basel arbeitete ich bei der Buss A.G. in Pratteln und bei der Natural A. G. in Basel. Im August 1966 kehrte ich in die Türkei zurück, um meinen Militärdienst zu leisten. Im Oktober 1968 beendete ich meinen Militärdienst als Leutnant.

Meine Dissertation ist auf Anregung von Prof. Dr. G. Bombach entstanden, dem ich mich für die Förderung, die er mir hat zuteil werden lassen, stets verpflichtet fühlen werde.

Seit Frühjahr 1969 bin ich bei der Natural A.G. tätig.

BAMBERGER FOTODRUCK · RUDOLF RODENBUSCH
8600 BAMBERG - Markusplatz 22 - Tel.: 0951/6 27 94